DIE LINKE.
Bezirksfraktion Altona

THEMEN
DISKURSE
ZIELE

2019–2024

INHALT

03_DIE LINKE FRAKTION IN DER BEZIRKSVERSAMMLUNG ALTONA

03_Die Fraktion stellt sich vor

04_1x1 der Bezirksversammlung

06_DIE LINKE für eine nachhaltige Politik

10_DIE ARBEIT IN DEN FACHAUSSCHÜSSEN

10_Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport

16_Ausschuss für Soziales, Integration, Gleichstellung, Senioren, Geflüchtete und Gesundheit

22_Ausschuss für Kultur und Bildung

26_Verkehrsausschuss

32_Ausschuss für regionale Stadtteilentwicklung und Wirtschaft

36_Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Verbraucherschutz

42_Sonderausschuss Science City Bahrenfeld

48_Bauausschuss

52_Jugendhilfeausschuss

56_Planungsausschuss

60_Haushalts- und Vergabeausschuss

63_IN MEMORIAM: ROBERT JAROWOY

64_DAS LINXIKON

DIE LINKE FRAKTION IN DER BEZIRKSVERSAMMLUNG ALTONA

Fotoquelle: pixabay.com

Das sind in der 21. Wahlperiode (2019–2024) die acht Abgeordneten der LINKEN:

Andrea Benkert

Hasan Burgucuoglu

Thérèse Fiedler

Niclas Krukenberg

Blanca Merz

Karsten Strasser

Cornelia Templin

Wolfgang Ziegert

DIE FRAKTION STELLT SICH VOR

Die Welt ist im Wandel. Das macht auch in Altona keinen Halt. Denn: was im Großen passiert, spiegelt sich auch im Kleinen wider. Die Herausforderungen des nächsten Jahrzehnts für die Menschen sind gewaltig. Soziale Verwerfungen, die Klimakrise, Pandemien sowie Kriege auf der ganzen Welt erzeugen auch in der Bezirkspolitik große Herausforderungen und enormen Handlungsbedarf. Mehr denn je gilt der Grundsatz: „Global denken – lokal handeln“.

Wer nimmt sich dieser Herausforderungen für DIE LINKE im Bezirk Altona an? WIR!

1x1 DER BEZIRKSVERSAMMLUNG

Seit 1949 gibt es in Hamburg Bezirksversammlungen (damals Bezirksausschüsse). Seit 2008 ist DIE LINKE mit einer Fraktion im Altonaer Bezirksparlament vertreten. Die letzte Wahl zu den Bezirksversammlungen Hamburgs fand 2019 statt.

Die Altonaer Bezirksversammlung hat 51 Mitglieder

Diese Zahl ist abhängig von der Zahl der Einwohner:innen im jeweiligen Bezirk. Von den 51 Sitzen entfallen zurzeit

- **11 auf die SPD**
- **18 auf die GRÜNEN**
- **9 auf die CDU**
- **8 auf die LINKE**
- **3 auf die FDP**
- **2 auf die AfD***

*besitzt aufgrund des Wahlergebnisses keinen Fraktionsstatus, sondern ist eine Gruppe

Die Mitglieder der Bezirksversammlung üben ihre Tätigkeit ehrenamtlich aus und bekommen für ihre Arbeit lediglich Aufwandsentschädigungen. Ihre Aufgabe ist es, bezirkliche Entscheidungen zu treffen und die Arbeit der Amtsvertreter zu kontrollieren und dies nicht nur in Form der Bezirksversammlung, sondern auch in den Ausschüssen.

Zur Altonaer Bezirksversammlung gehören 15 Ausschüsse

- **Der Hauptausschuss** koordiniert die Arbeit der übrigen Ausschüsse. Er legt die Sitzungstermine fest, berät Themen grundsätzlicher oder fachlich übergeordneter Bedeutung und kann in eiligen Angelegenheiten stellvertretend für die Bezirksversammlung Beschlüsse fassen.
- **Der Ältestenrat (oder Geschäftsordnungsausschuss)** bereitet Geschäftsordnungsänderungen vor, berät über grundlegende Angelegenheiten des Sitzungsbetriebs und entscheidet abschließend über die Tagesordnung der Bezirksversammlung.
- **Die Fachausschüsse**, die sich thematisch gliedern. Die Fraktion DIE LINKE ist in diesen Ausschüssen grundsätzlich mit 2 stimmberechtigten Mitgliedern (davon eine Sprecherin bzw. ein Sprecher) und in einigen zusätzlich mit 2 ständigen Vertreter:innen (sogenannten zugewählten Bürgerinnen/Bürgern) vertreten. Diese zusammengenommen bilden die **erweiterte Fraktion**, die bei uns insgesamt **24 Mitglieder** hat.

*DIE BEZIRKSVERSAMMLUNG IST KEIN KOMMUNALPARLAMENT SONDERN EIN **VERWALTUNGSAUSSCHUSS***

Die Abgeordneten der Bezirksversammlung werden alle 5 Jahre gewählt und tagen einmal im Monat im Altonaer Rathaus. Und damit fängt der Schlamassel an. Das Rathaus ist nämlich gar kein Rathaus mehr, sondern ein Bezirksamt und die Bezirksversammlung ist kein Kommunalparlament, sondern ein Verwaltungsausschuss. Fast 300 Jahre nachdem Hamburgs schöne Schwester vom dänischen König die Stadtrechte verliehen bekam, hoben die Nazis diese 1937 wieder auf und beendeten die Selbstständigkeit Altonas mit dem Groß-Hamburg-Gesetz. Ausgerechnet der letzte demokratisch gewählte Oberbürgermeister Altonas, der Sozialdemokrat Max Brauer, behielt nach dem Krieg als von den Engländern eingesetzter und später gewählter Erster Bürgermeister Hamburgs diese Struktur der Hamburger Einheitsgemeinde bei, an der bis heute jeder Hamburger Senat festgehalten hat. Die Einheitsgemeinde bedeutet, dass die Landesregierung – in Hamburg der Senat – nicht nur die in der Länderhoheit liegenden, sondern auch die kommunalen Belange entscheidet. Anders als beispielsweise die selbstständigen Städte Schenefeld und Wedel oder die Gemeinden Halstenbek und Rellingen hat die Altonaer Bezirksversammlung, die mehr als eine Viertelmillion Menschen vertritt, nur ein Vorschlags- bzw. Empfehlungsrecht und keinen eigenen Haushalt, sondern darf lediglich von der Fachbehörde des Senats erteilte Rahmenzuweisungen weiterverteilen bzw. feinspezifizieren. Eigenverantwortlich verfügen darf die Bezirksversammlung ausschließlich über sog. Sondermittel, die in der Größenordnung eher einem Taschengeld gleichen als einem Etat. Die Beschlüsse der Bezirksversammlung können vom Senat und seinen Fachbehörden jederzeit aufgehoben – evoziert – werden. Entsprechendes gilt für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide der Bezirksversammlung.

DIE LINKE FÜR EINE NACHHALTIGE POLITIK

In unserer Arbeit in der Bezirksversammlung können wir beobachten, dass derzeit eine wirkliche nachhaltige Politik nicht durchsetzbar ist. Entscheidungen, die sich auf das soziale Miteinander, das Klima und damit zusammenhängend die Verkehrspolitik als auch eine nachhaltige Stadtplanung auswirken, werden nicht auf ihre langfristigen Folgen für die Menschen und die Umwelt untersucht. Vielmehr wird viel zu kurzfristig gedacht und offensichtliche Probleme werden durch die anderen Parteien schulterzuckend hingenommen.

Soziales Miteinander

Das betrifft zum einen die soziale Infrastruktur in Altona. Wir können als Fraktion derzeit eine Entwicklung beobachten, die nur als Abbau des Sozialstaates bezeichnet werden kann. Wenn es um das Soziale geht, geht es immer wieder auch ums Geld. Oft erhalten wir dann die Aussage, dass für einfachste und auf der Hand liegende Maßnahmen kein Geld sowohl im Bezirk als auch im Land Hamburg zur Verfügung stehen würde. Wegen der Einheitsgemeinde kann der Bezirk Altona nicht eigenständig über zahlreiche Aspekte der Sozialpolitik entscheiden, so zum Beispiel über dringend notwendige Personalaufstockung in den Sozialämtern oder bei der Straßensozialarbeit sowie für Projekte, die Menschen in sozial-prekären Lebenssituationen Raum und Unterstützung zukommen lassen. Denn dafür ist das Land Hamburg verantwortlich und der Bezirk wird zum Bittsteller Richtung Senat und seiner Fachbehörden. Hamburg weist den Bezirk Altona dann immer wieder in seine Schranken und verweigert Hilfe. Dem Bezirk Altona sind somit die Hände gebunden. Es ist einer der größten Skandale, dass Altona nicht sofort selbst reagieren kann, wo sozialer Frieden in Gefahr gerät und wo der Bezirk am besten selbst beurteilen kann, was notwendig und richtig für seine Bürger:innen vor Ort ist. Gerade in der Coronapandemie, welche die Menschen in Altona, Hamburg und der Welt auf eine Zerreißprobe gestellt hat und noch stellt, müsste es einen Bezirk geben, der schnell und flexibel handeln kann. Das ist derzeit aber nicht gegeben und auch nicht von der Einheitsgemeinde gewollt.

„Altona sind die Hände gebunden.“

Klimawandel

Auch bei den klimakatastrophalen Entwicklungen sind dem Bezirk größtenteils die Hände gebunden. Die globale Klimaerwärmung schreitet weltweit in atemberaubendem Tempo voran und macht auch nicht vor dem Bezirk Altona Halt. Wir fordern im Sinne von „Global denken – lokal handeln!“ schon seit langer Zeit, endlich konsequente Schritte im Klimaschutz auch auf kommunaler Ebene zu gehen. Dazu gehört, dass der lokale Schutz von Ökosystemen massiv vorangetrieben werden muss. Klimaschutz und Naturschutz gehören zusammen! Oder anders ausgedrückt: Der Klimaschutz muss auch in Altona dringend ausgebaut werden. Konkret bedeutet dies für uns, den Kampf um den Erhalt und Ausbau von Kohlenstoffspeichern, wie man sie beispielsweise in Wäldern und Mooren, aber auch in jedem einzelnen Baum und im nicht versiegelten Boden findet, gegen die Interessen von Bauherren, Immobilienspekulanten und Automobillobby aufrechtzuerhalten und zu intensivieren – und zwar zusammen mit möglichst vielen Bündnispartner:innen, wie z. B. Altonaer Bürgerinitiativen und einzelnen umweltengagierten Bürger:innen. Gerade in Zeiten von spürbar zunehmenden Extremwetterlagen, wie Hitze- und Dürreperioden sowie Starkregenereignissen, ist eine Anpassung an Klimafolgen unerlässlich. Bäume und Grünflächen stellen ein wesentliches Element dafür dar. Aber auch stadtplanerisch muss jetzt in die Zukunft gedacht werden. Das heißt für uns: Jegliche Entscheidung, die stadtplanerische Auswirkungen hat, muss unter dem Aspekt des Klimaschutzes gedacht und gemacht werden. Verdichtung, Versiegelung, Fassadengestaltung und Regenwasserrückhaltung sind nur einige Kernpunkte, die uns in der Bezirkspolitik umtreiben. Dabei können wir jedoch beispielsweise beobachten, dass Baumfällung in radikalem Maße betrieben wird und Bäume nicht oder zu wenig ersetzt werden. Durch übermäßige Enge und Versiegelung bei Bauprojekten werden vielfach Bäume gefällt. Besonders bei alten, großkronigen Bäumen ist deren Verlust kaum auszugleichen, da Neupflanzungen meist mit kleinen Bäumen erfolgen oder manchmal gar nicht, da kein Platz mehr ist. Dabei muss die Dämpfung der Klimaerwärmung durch ausreichend große Bäume, durch Rückhaltung von Niederschlagswasser für die kühlende Verdunstung und durch unversiegelte Freiflächen eines der wichtigsten Ziele in der Stadtentwicklung sein.

Verkehrspolitik

Mit dem Kampf gegen die Klimakatastrophe eng verzahnt ist auch der Kampf um eine sozial-ökologische Verkehrswende. Wir lassen uns davon leiten, dass eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Moder-

nisierung der Verkehrsinfrastruktur auf kluge Weise miteinander verbinden sollte. Zu den Kernforderungen linker Verkehrspolitik gehört es, sich für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs, die Schaffung eines attraktiven Radverkehrsnetzes und die Gewährleistung sicherer Räume für Fußgänger:innen einzusetzen. Dies muss einhergehen mit der sofortigen Einführung eines wirklichen Sozialtickets und schrittweisen Fahrpreissenkungen bis hin zum Nulltarif für den Öffentlichen Nahverkehr. Schritt für Schritt soll der motorisierte Individualverkehr mit seinen negativen Effekten für Umwelt und Klima aus seiner alles dominierenden Rolle verdrängt und schließlich weitgehend durch einen funktionierenden klimaschonenden Umweltverbund abgelöst werden. Hierzu bedarf es einer frühzeitigen, ehrlichen und streng sachbezogenen Beteiligung der Bürger:innen. Angesichts des Klimawandels und seinen zunehmend gravierenden Auswirkungen drängt die Zeit für eine konsequent nachhaltige Verkehrswende. Sie muss global, in Bund und Ländern genauso wie in Altona entschlossen angegangen werden.

Insgesamt ist also eine nachhaltige, ganzheitlich denkende Stadtplanung notwendig. Leider können wir auch hier sagen, dass sich vieles in eine falsche Richtung bewegt. Die Vorgabe des Senats, in ganz Hamburg jährlich 10.000 neue Wohnungen zu schaffen, spornt die Politiker:innen der anderen Fraktionen an, möglichst schnell ihre Hand zu heben, je höher die Anzahl der Wohnungen in den zahlreichen Bebauungsplan-Gebieten ist. Und verschiedentlich hat man den Eindruck, dass das Wohlergehen der Investoren auch ein beachtlicher Faktor in der Entscheidungsfindung ist. So erstaunt es fast nicht mehr, dass die Bebauung immer enger und immer höher wird. Nach den Qualitäten des entstehenden Wohnungsbaus für die Menschen, die dort im Umfeld schon leben und zukünftig leben werden, wird jedoch kaum gefragt.

Wohnen und Arbeiten

Gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse können dadurch kaum geschaffen werden. Häufig wird eine Reihe von Wohnungen dieser extrem verdichteten Baugebiete nicht ausreichend mit Sonnenlicht versorgt, was zu gesundheitlichen Problemen wie u.a. Herz-/Kreislauferkrankungen und Depressionen führen kann. Dies ist gerade in unserer stressbelasteten Zeit ein Resultat, das dringend vermieden werden soll.

Auch viel zu wenig berücksichtigt werden die inzwischen ins Aberwitzige gestiegenen Mieten. Die vielfach in Altona geplanten und gebauten Wohnungen sind schlichtweg für viele Menschen nicht mehr bezahlbar; und nicht jeder will oder kann sich Wohnungseigentum leisten (das gleichfalls völlig überteuert ist). Und gerade dieses wird über die Maße zu Ungunsten des preiswerten Mietraums in der Entscheidung gefördert. Insbesondere hier drängt sich der Verdacht auf, dass die Interessen von Investor:innen weit bevorzugter Berücksichtigung finden als die von Mieter:innen. Die bereits in vielen Bereichen ohnehin eklatant auseinanderlaufende Spaltung unserer Gesellschaft darf durch eine falsche Wohnungsbaupolitik nicht weiter verstärkt werden, sondern muss mit einer dem Gemeinwohl und den Ansprüchen auch einkommensärmerer Bevölkerungsgruppen verpflichteten Schaffung von Wohnraum auf hierfür geeigneten Flächen erreicht werden. Und bei allen Herausforderungen steht für uns fest:

Der Mensch muss Mittelpunkt aller Entscheidungen sein.

Das heißt, eine ehrliche, ernste Beteiligung der Menschen vor Ort muss stattfinden. Jede politische Entscheidung muss mit den Menschen im Bezirk getragen werden. Das heißt, die Menschen müssen angehört, ihre Sorgen, Bedenken und Ideen in jede politische Entscheidung einfließen. Politik wird für und mit den Menschen gemacht – nicht ohne sie. Auch hier haben der Bezirk und das Land Hamburg enormen Nachholbedarf. Dies können wir schon am Umgang mit Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden erkennen, die, sobald es ein angebliches gesamtstädtisches Interesse betrifft, keine Beachtung finden oder evoziert werden können.

„Wir kämpfen für ein soziales, nachhaltiges Altona – für die Menschen, die Natur und den Frieden.“

Wir kämpfen für ein soziales, nachhaltiges Altona – für die Menschen, die Natur und den Frieden. Auf den folgenden Seiten stellen wir vor, was wir dazu in den einzelnen Fachausschüssen in der ersten Hälfte der Legislaturperiode bewegt haben.

AUSSCHUSS FÜR GRÜN, NATURSCHUTZ UND SPORT

Foto: wirestock – de.freepik.com

Klövensteen Baumschutz Parkanlagen
Grünfraß Klimaschutz
Bäume Dürresommer Grünflächen
Bürger:innenbeteiligung Transparenz
Unterfinanzierung Wasserschutz
Artenschutz Baumkaution

Der Ausschuss für Grün, Naturschutz und Sport beschäftigt sich mit der Beratung von Pflege- und Entwicklungskonzepten für Park- und Grünanlagen, mit Einzelvorhaben des Natur-, Arten- und Gewässerschutzes sowie mit der Nutzung und Instandhaltung von Spielplätzen und Sportanlagen. Zudem befasst sich der Ausschuss allmonatlich mit den vom Amt herausgegebenen Fälllisten für den privaten und öffentlichen Grund, die regelmäßig auf einen völlig unzureichenden Baum- und (damit auch) natürlichen Klimaschutz hinweisen. Unsere Themen:

Grünfraß stoppen!

Der „Grünfraß“ und die damit verbundene zunehmende Zerstörung der grünen Lunge Altonas muss endlich gestoppt werden! Dafür haben wir uns bisher eingesetzt und werden dies fortsetzen.

So stimmen wir als LINKE im Grünausschuss beispielsweise seit über einem Jahrzehnt als einzige Fraktion konsequent gegen die vom Amt monatlich vorgelegte Baumfällliste auf öffentlichem Grund. Aus gutem Grund, denn:

Allein von Anfang 2018 bis Ende 2020 (mit den drei Dürresommern) wurden im Bezirk Altona fast 1800 Bäume auf öffentlichem Grund, d.h. an Straßen, in Grünanlagen, auf Spielplätzen und Friedhöfen gefällt. Nur in 70 % der Fälle wurde vom Bezirksamt ein Baum nachgepflanzt. Dabei wurden die vom LSBG (Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer) veranlassten Fällungen und die dem A7–Deckel schon frühzeitig zum Opfer gefallenen Bäume gar nicht mitgezählt. Damit nicht genug: Im selben Zeitraum wurden zusätzlich auf privatem Grund über 6.000 Bäume (häufig aus baubedingten Gründen) gefällt. Bei 80 % der Fällgenehmigungen (sogenannte „Ausnahmegenehmigungen nach Baumschutzverordnung“) wurden vom Amt Ersatzpflanzungsauflagen erteilt; aber nur bei 4,5 % der privat gefällten Bäume gab es tatsächlich eine Rückmeldung (an das Amt) über eine Ersatzpflanzung. Es ist somit beim allergrößten Teil der privaten Baumfällungen völlig unklar, ob auflagegemäß nachgepflanzt wurde. (*Quelle: die vom Bezirksamt vorgelegten Baumbilanzen der Jahre 2019–2021)*

Jeder Baum zählt!

Ferner gibt es trotz grün regierter Hamburger Umweltbehörde und grüner Altonaer Bezirksamtsleitung eine erhebliche Unterfinanzierung, primär im personellen, aber auch im sachmittelbezogenen Bereich des Stadtgrüns und der Abteilung Natur-

Baumfällung im Zuge des Schulbaus Struenseestraße

Kleine Anfrage: Dringend mehr „Wert“ auf Grundwasserschutz und ...

schutz des WBZ (Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt). So waren im Bezirk Altona beispielsweise im Spätsommer/Herbst 2020 (nach dem dritten Dürresommer in Folge) nur noch gerade so viel Finanzmittel vorhanden, um der Gewährleistung der Verkehrssicherungspflicht nachzukommen, soll heißen: für die Fällung von kranken und abgestorbenen Park-, Straßen- und Forstbäumen. So hatte es u.a. im größten Waldgebiet Altonas, dem Klövensteen, ein dürrebedingtes großflächiges Waldsterben gegeben (siehe auch eine unserer kleinen Anfragen aus Nov. 2020 „Dringend mehr Wert auf Grundwasserschutz und -neubildung legen!“ unter QR-Code). Die senatsseitig finanzierten Rahmenzuweisungen für den Bezirk Altona sind in keiner Weise ausreichend und führen dazu, dass wichtige Bereiche wie Nachpflanzungen, Grün-/Baumpflege auf öffentlichen Flächen (z. B. ausreichende Bewässerung von Straßenbäumen im Sommer) sowie Ersatzpflanzungskontrollen auf privatem Grund aufgrund vor allem fehlender Personalstellen in unver-

Große Anfrage: Jeder Baum zählt – auch jeder private! ...

antwortlicher Weise vernachlässigt werden (siehe dazu auch unter QR-Code unsere große Anfrage vom Aug. 2021 „Jeder Baum zählt – auch jeder private! Zuverlässige Transparenz jetzt!“). Hier muss dringend Abhilfe auf Senatsebene geschaffen werden!

Um den grassierenden Grünverlust weiter zu verhindern, forderten wir schon 2017 mittels eines entsprechenden Antrags die Einführung einer sogenannten „Baumkaution“ auf privatem Grund. Idee dahinter: Eine Art Sicherungsleistung für Nachpflanzungen soll eingeführt, gemeinsam mit jeder Fällgenehmigung erhoben und erst dann zurückgezahlt werden, wenn die Durchführung der Ersatzpflanzungen ausreichend nachgewiesen worden ist. War der Antrag damals noch nicht mehrheitsfähig, konnten wir uns im Oktober 2021 damit teilweise durchsetzen (siehe unter QR-Code unseren Antrag vom Sept. 2021 „Einführung einer Baumkaution auf privatem Grund – dem Klima- und Baumschutz zuliebe! So schnell wie möglich!“). Die Baumkaution ist immerhin ein wichtiger Anfang, stellt uns aber angesichts der weiter fortschreitenden Zerstörung der grünen Lunge Altonas noch lange nicht zufrieden. Wir bleiben dran ...

„Endlich: Kautionsleistung ab einer Auflage von mindestens fünf Ersatzpflanzungen!“

Antrag: Einführung einer Baumkaution auf privatem Grund ...

Viel besser als Ersatzbäume zu pflanzen ist jedoch eine konsequente Vermeidung von Baumfällungen jedweder Art (insbesondere bei Bauvorhaben und Straßenumbauprojekten, wie auch den Velorouten). Sollte die Fällung von Bäumen unumgänglich sein (z. B. aus Verkehrssicherheitsgründen bei erheblichen Sturmschäden), müssen unserer Überzeugung nach hinsichtlich des Grünvolumens gleichwertige, heimische oder klimaangepasste Bäume zeit- und ortsnah ersatzgepflanzt werden. Fassaden- und Dachbegrünung darf hierbei eine (durchaus willkommene zusätzliche) Ergänzung sein, nicht jedoch ein Ersatz für gleichwertige Baumnachpflanzungen. Dafür setzen wir uns im Ausschuss ein.

Baumfällung im Zuge des Umbaus am Bruno-Tesch-Platz

Darüber hinaus fordern wir seit langer Zeit mehr Transparenz und Entscheidungsbefugnisse bei Fällgenehmigungsanträgen (private sowie von öffentlicher Hand) – und das rechtzeitig vor der Fällung. Der Ausschuss und die Öffentlichkeit werden leider erst im Nachgang über Fällungen informiert.

Klövensteen muss leben!

Des Weiteren lehnen wir eine schleichende Kommerzialisierung von öffentlichen Parkanlagen, wie z. B. im Klövensteen die Neuauflage eines Masterplans Naturwildpark oder im Volkspark die Entwicklung zum Sportpark, kategorisch ab. Mit entsprechenden Bürgerinitiativen haben wir auch in den letzten Jahren gut zusammengearbeitet. Dies werden wir fortsetzen. Das Wildgehege Klövensteen muss weiterhin öffentlich, kostenfrei und für alle Bürger:innen frei zugänglich bleiben. Der Schutz des sensiblen Naturraums um das Wildgehege herum hat oberste Priorität. Nur so können die bereits vorhandenen Naturpädagogik-Angebote, die die Wichtigkeit eines verantwortungsvollen Umgangs mit der Natur ganzheitlich vermitteln wollen, wirklich überzeugend sein.

Darüber hinaus ist bei Konflikten um die Nutzung der wenigen öffentlichen Grünanlagen in stark verdichteten Stadtteilen eine ausgiebige Bürger:innenbeteiligung vonnöten.

Sport für alle!

Im Ausschuss setzen wir uns auch für die Belange der Sportler:innen in Hamburg-Altona ein. Ein wesentlicher Teil der Arbeit im Ausschuss zu diesem Thema behandelt Zuwendungsanträge von verschiedenen Sportvereinen. Dabei ist unser Leitmotiv, dass der Breitensport gefördert wird und dass alle Vereine die Möglichkeit haben sollten, an Zuwendungen zu partizipieren und nicht nur einige große Vereine.

Sport ist für die Gesellschaft wichtig, da er Werte wie Toleranz, Fairness und Respekt vermittelt. Diese Punkte sind essenziell im Sport und lehren Menschen diesen Umgang auch in jeder anderen Situation im Leben. Daher sollte der niedrigschwellige Zugang zum Sport für alle Menschen möglich sein. Dies gilt sowohl für die Ausübung der Sportarten selbst als auch für den Besuch von Wettkämpfen und Punktspielen. Die Entwicklung in Altona ist aber besorgniserregend. Ein Beispiel: Für den Sportbereich fehlen allein zur Aufrechterhaltung des bestehenden Betriebs aller Altonaer Sportanlagen und des Sportreferats insgesamt 3 Stellen. Andernfalls müssten die Vereine ehrenamtliche Schlüsselvergabetätigkeiten übernehmen, welches längst nicht alle Vereine bewerkstelligen können. Daher ist auch hier dringend Handlungsbedarf, was die personelle Ausstattung angeht.

Fußballplatz Altona 93

AUSSCHUSS FÜR SOZIALES, INTEGRATION, GLEICHSTELLUNG, SENIOREN, GEFLÜCHTETE UND GESUNDHEIT

Obdachlosigkeit
Rassismus Drogen
Gesundheit Armut
Corona Geflüchtete Frauen Vielfalt
Gewalt Teilhabe Inklusion Pflege
Hartz IV Unterkünfte Senior:innen
Menschen mit Grundsicherung
körperlichen, seelischen, geistigen
und Sinnesbeeinträchtigungen

Unsere Themen im Sozialausschuss sind sehr vielfältig und drehen sich rund um ein soziales Miteinander der Menschen, um die Ansprüche des Menschen auf ein würdevolles Leben in unserer reichen Gesellschaft sowie ein friedvolles Zusammenleben.

Abbau des Sozialstaates schreitet voran

Wir können im Sozialausschuss beobachten, dass sich der Abbau des Sozialstaates ganz konkret auch in Altona immer mehr bemerkbar macht. Eine große Debatte war und ist im Ausschuss immer wieder die fehlende, niedrigschwellige Infrastruktur für Obdachlose und Drogenkonsument:innen, aus der sich Konflikte mit den Anwohner:innen und Gewerbetreibenden, zum Beispiel im Bereich Altonaer Bahnhof, Bertha-von-Suttner-Park sowie dem Stay Alive, entwickelt haben und die immer schärfer werden. Es dreht sich dabei im Vordergrund nicht mehr um die Frage, wie den Menschen ohne Unterkunft oder den Drogenkonsument:innen nachhaltig geholfen werden kann, sondern es geht um Verdrängung (siehe QR-Code).

> *„Es ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist.“*
>
> **Rosa Luxemburg**

Antrag: Vertreibung ist keine Lösung – Entfernung der Blumenkübel HASPA-Filiale ...

Der soziale Frieden ist so massiv gefährdet. Anstelle von verstärkter Polizeipräsenz als Universallösung fordern wir dabei eine stärkere und nachhaltigere soziale Unterstützung. Wir haben deswegen in den letzten Jahren regelmäßig Anträge gestellt, die das Ziel hatten, den Druck von allen Beteiligten zu nehmen: Housing first, Hotelunterbringungen – gerade in Zeiten von Corona, Containerlösungen, Öffnung des Winternotprogramms ganzjährig und durchgängig, kostenlose Toilettenangebote und kostenlose Trinkwasserversorgung, Aufstockung von Sozialarbeiter:innenstellen. Unsere Anträge wurden entweder von der Bezirksversammlung oder von den Fachbehörden abgelehnt. Es ist unter anderem dem stetigen Druck der Organisationen der Obdachlosenhilfe, der LINKEN in allen Bezirken und der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN zu verdanken, dass nunmehr endlich zumindest ein Modellprojekt zu Housing first versucht wird, um der deutlichen Verelendung auf der Straße und von Drogenkonsument:innen im Bezirk Altona zumindest ein klein wenig entgegenzuwirken. Aus unserer Sicht reicht das bei Weitem

Obdachlosigkeit in Altona Altstadt

nicht. Es braucht viel mehr geschützte Räume für diese Menschen, in denen sie wieder zur Ruhe kommen können, in dem sie Drogen in geschütztem Rahmen zu sich nehmen können und in denen sie wieder für Hilfe ansprechbar werden. Es ist dabei unser unumstößliches Verständnis von einem guten Sozialstaat, dass es egal sein muss, wie teuer eine Maßnahme ist, um Menschen zu helfen. Der Mensch steht für uns dabei immer im Mittelpunkt, die Kosten für helfende Maßnahmen können dabei niemals so hoch sein, wie der Preis des Verlusts der Menschlichkeit und des Zusammenhalts in unserer Gesellschaft.

Überall Personalmangel

Wir haben immer wieder versucht, nicht nur notwendige Personalstellen für Straßensozialarbeit aufzustocken, sondern auch für das Bezirksamt Altonas. Unerträglich lange Bearbeitungszeiten in den einzelnen Ämtern und dort, wo es am nötigsten ist, gehen zurück auf Personalunterbesetzung im ganzen Bezirksamt. Dem Land Hamburg, das etwas dagegen ausrichten kann, ist das Problem bekannt, es tut aber aus unserer Sicht zu wenig dafür, die Personalausstattung zu verbessern. Aus unserer Sicht kann sich das ein Sozialstaat nicht erlauben. Wir werden auch in Zukunft für eine ausreichende Personalausstattung im Bezirksamt kämpfen.

2021 starben auf Hamburgs Straßen mindestens 26 Obdachlose

Corona und die Pflege

Die Coronapandemie hat dort, wie unter einem Brennglas, noch einmal die Defizite herausgestellt. Schlechte Arbeitsbedingungen und Bezahlung gefährden nicht nur die Gesundheit der Mitarbeiter:innen in den Pflege- und Gesundheitsberufen, sondern die aller in der Gesellschaft. Der seit Jahren zu beobachtende Fachkräftemangel wird durch den kommenden Pflegexit zu einer Katastrophe im Gesundheitsbereich führen, was die Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte sehenden Auges und trotz vieler Mahnungen von Expert:innen und Pflegenden offenbar hinnehmen. Außer warmen Worten folgt von der Politik oft nicht viel. Vor dem Hintergrund haben wir versucht, schnell ein Bonusprogramm für Mitarbeitende der Pflege- und Gesundheitsberufe in Hamburg durchzusetzen (siehe Antrag unter QR-Code).
Nur ein kleines Pflaster für die klaffenden Wunden im Gesundheitswesen – auch das wurde aber von den Regierungsparteien in der Bezirksversammlung abgelehnt. Dabei müssten wir eigentlich die dort tätigen Mitarbeiter:innen so gut wie möglich „pampern“, damit noch jemand da ist, wenn wir selbst gepampert werden müssen.

Antrag: Zeit zu heilen – Bonusprogramm für Pflegekräfte in Hamburg ...

Beschluss: Barrierefreies Altona – Fußball für alle ...

Menschen mit Behinderung

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Arbeit im Bezirk sind die Rechte von Menschen mit Beeinträchtigung. Wir haben es geschafft, dass Spiele im HSV-Stadion auch für Menschen mit Beeinträchtigung nunmehr durchweg ohne Sichtbeschränkung geschaut werden können (siehe QR-Code).

Uns ist es gelungen, dass ein Beirat für Menschen mit Behinderung eingesetzt wird. Wir werden alles dafür tun, dass Menschen mit Behinderung endlich die Teilhabe erhalten, die ihnen nach der Behindertenkonvention der Vereinten Nationen und durch die Änderungen des Bundesteilhabegesetzes eigentlich zustehen. Wir werden uns in der kommenden zweiten Hälfte der Legislaturperiode für ein barrierefreies Altona einsetzen. Im 21. Jahrhundert ist es aus unserer Sicht nicht mehr hinnehmbar, dass Menschen durch einfach zu beseitigende Barrieren gehindert werden, sozialen Teilhabe zu erfahren. Für uns steht fest: Mensch ist nicht behindert, Mensch wird behindert!

Altona – offen für Alle!

Altona hat nicht ohne Grund ein offenes Tor im Wappen. Unsere Auffassung ist in diesem Sinne, dass jeder, der vor Krieg, der Klimakatastrophe oder wirtschaftlicher Armut flieht, hier willkommen ist. Die Realität sieht anders aus. Die Unterkünfte in Altona sind viel zu klein, werden von zu vielen Menschen belegt und sowieso schon

Flüchtlings-Folgeunterkunft Holmbrook

Vorbereitung zum Laternenumzug Lichtermeer des Vereins „Nicos Farm“ im Oktober 2015

traumatisierte Menschen, insbesondere Kinder, leben in den Unterkünften viel zu lang – im Schnitt 4–5 Jahre. Wir wollen, dass ihnen so schnell wie möglich Wohnungen zustehen. Aber auch hier ist das Problem, dass es viel zu wenig sozialen Wohnungsbau in Hamburg gibt. Auch das Recht auf Zugang zum Internet ist in den Unterkünften immer noch nicht vollständig und problemlos umgesetzt, was wir als Diskriminierung empfinden. Das sind Zustände, die Inklusion verhindern. Wir setzen uns auch in Zukunft für ein weltoffenes Altona ein und kämpfen dafür, dass auch Geflüchtete hier Schutz finden können, die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen auch für sie durchgesetzt werden und sie ein menschenwürdiges Leben führen können.

Wir werden im Sozialausschuss auch in Zukunft kämpfen für:

- soziale Gerechtigkeit für alle Menschen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Alter, arm oder reich,
- einen demokratischen, gerechten, funktionierenden und menschlichen Sozialstaat frei von Erniedrigung, Sanktionen, Rassismus und Barrieren und
- mehr Rechte des Bezirks im Hinblick auch auf soziale Forderungen – für Euch und für alle im Bezirk.

AUSSCHUSS FÜR KULTUR UND BILDUNG

Foto: kstudio – de.freepik.com

Kommerzialisierung
Schulentwicklung
Straßennamen
Faschismus Kulturförderung

Der Ausschuss für Kultur und Bildung hat die regionalen kulturellen Aktivitäten verschiedenster Akteure in Altona zum Thema. Er berät über deren Inhalte und entscheidet im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel über eine finanzielle Unterstützung dieser Projekte.

Diese kulturellen Aktivitäten sind immer auch Projekte, die den sozialen Zusammenhalt innerhalb der Stadtteile und innerhalb des Bezirks befördern. Wegen dieser Doppelfunktion – Kulturförderung und Förderung des sozialen Zusammenhaltes – nutzt der Ausschuss einen relativ großen prozentualen Anteil der finanziellen Mittel, die dem Bezirk Altona frei zur Verfügung stehen.

Verpasste Schulentwicklung

Über sogenannte Regionale Bildungskonferenzen nimmt der Ausschuss an der Diskussion der Schulgemeinschaften und der Behörde für Schule und Berufsbildung teil. Der Ausschuss verfügt durch seine Teilnehmer:innen aus verschiedenen Fraktionen und verschiedenen Stadtteilen über differenzierte Eindrücke zu den schulischen Aktivitäten in Altona. Wegen der Verknüpfung mit anderen Arbeitsbereichen der Bezirksversammlung Altona verfügen die Teilnehmer:innen über das in Altona existierende Wissen zur zukünftigen Entwicklung des Stadtteiles. Vor diesem Hintergrund formuliert der Ausschuss auch Hinweise und Forderungen zur zukünftigen Schulentwicklung, dazu zählt auch die Diskussion um notwendige Schulstandorte.

> *„Jahrelang wurde versäumt, notwendige Infrastrukturflächen vorzuhalten.“*

Dazu kommen häufig keine einvernehmlichen Beschlussfassungen zustande, weil die anderen Fraktionen sich in ihren Entscheidungen nicht selten durch Grundstückserwägungen und die allgemeine Akzeptanz der Behauptung von den knappen Mitteln eingrenzen lassen.

Jahrelang wurde versäumt, notwendige Infrastrukturflächen systematisch angesichts der vielen Bauvorhaben und angesichts der Entwicklung der Wohnbevölkerung vorzuhalten. Die Stadt verkaufte ihre Flächen an private Investoren, die die gewünschten Wohnungen bauen sollten. Nun gibt es das Mehr an Kindern, die einzuschulen sind, aber keine weiteren Flächen für Grundschulstandorte. Also werden die existierenden Grundschulstandorte verdichtet, durch Baukörper und durch zusätzliche Kinder, die sich die enger werdenden Schulhöfe teilen sollen.

Fotos: © dasmussandersgehen.de

Stadtentwicklung nur mit entsprechender Schul- und Sozialraumplanung

Die Max-Brauer-Schule (MBS) ist ein Beispiel für eine weder an den Menschen noch an unseren ökologischen Grundlagen orientierte Stadtentwicklungs- und Schulbaupolitik. Wir unterstützen die wohl bedachten Positionen der Schulgemeinschaft und forderten früh, einen neuen Standort auszuweisen, statt die Grundschülerzahlen einfach zu verdoppeln. In unmittelbarer Nähe zum Standort der MBS befanden sich zwei Grundstücke, die als Grundschulort geeignet gewesen wären, wenn man eine zukunftsfähige Lösung gewollt hätte. Aber nein, es war wichtiger, auf der einen Fläche ein Verwaltungs- und Ausbildungszentrum eines Kindergartenträgers zu genehmigen und die zweite Fläche an der Gasstraße an einen Unternehmer zwecks Ansiedlung zu veräußern.

Geschichte hat einen Straßennamen

Ein weiterer Arbeitsbereich ist die Neubenennung oder Umbenennung von Straßen im Bezirk Altona. In Neubaugebieten, wie dem Wohngebiet an der Harkortstraße oder auf dem Kolbenschmidt-Gelände an der Friedensallee, waren und sind Verkehrswege neu zu benennen. Wegen der Dominanz von an Männer erinnernden Straßennamen besteht ein Arbeitsziel darin, mehr Straßen nach Frauen zu benennen. Daneben soll auch der Ausblendung der jüdischen Geschichte Altonas begegnet werden, indem bewusst auch Frauennamen aus diesem Kulturbereich ausgewählt werden und als neue Straßennamen vorgeschlagen werden. Die in Altona ausgewählten Benennungsvorschläge werden mit den verantwortlichen Stellen der Kulturbehörde abgestimmt und im Regelfalle einvernehmlich entschieden. Einen hohen Diskussionsbedarf innerhalb des Ausschusses und mit den betroffenen Anwohner:innen haben die Aktivitäten zur Umbenennung von Straßen, die nach Personen benannt wurden, die während der NS-Zeit die faschistischen Aktivitäten vertreten und getragen haben.

Des Weiteren geht es um die Aufarbeitung und Neubewertung der kolonialen Geschichte, aus der Überlegungen zur Umbenennung von Straßen entstehen, die an Akteure und Ereignisse der kolonialen Ausbeutung unreflektiert erinnern.

Gegen Kommerz und für Kultur in Altona

Wir sind regelmäßig gegen die kommerzielle Nutzung des Parkes am Nobistor, die nach dem Willen der Mehrheitsfraktionen aus den geringen bezirklichen Mitteln bezuschusst werden soll. Aus unserer Sicht ist der Park zwischen Königstraße und Louise-Schroeder-Straße vorrangig für die Bewegungs- und Grünbedürfnisse der Anwohner:innen bestimmt.

Ein gutes Beispiel hingegen für eine zukunftsfähige Kulturpolitik ist die Diskussion um die Förderung eines Zirkusfestival-Projektes, das mittlerweile als Lurupina die Menschen der Region mit seinen Darbietungen begeistert. Neben der künstlerischen Akrobatik arbeiten die Festival-Macher:innen mit Kindern und Jugendlichen zusammen, um sie in ihre Bewegungskunst einzuführen. Zur Unterstützung dieser soziokulturellen Projektidee hatte der Ausschuss nach intensiven Diskussionen einen relativ hohen Förderbetrag beschlossen. Nach dem ersten Festival waren sich alle Ausschussmitglieder einig, dass dieses Festival in Lurup in hohem Maße die gewünschten gemeinschaftsfördernden Folgen für den Stadtteil und seine Bewohner:innen unterstützt.

„Kultur muss stadtteilbezogen sein.“

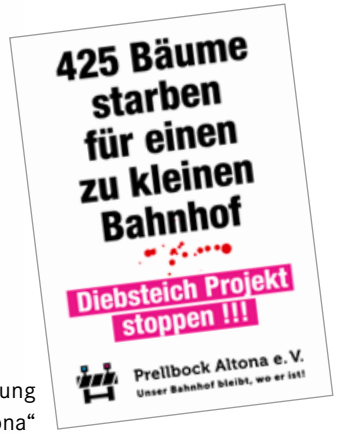
VERKEHRSAUSSCHUSS

Foto: ArthurHalden - de.freepik.com

Radverkehr E-Mobilität
Bahnhof Altona
S32 Verkehrswende Diebsteich
Barrieren Autofrei freiRaum
ÖPNV Parkplätze Tempo 30
Baumschutz Baustellen

VERKEHRSAUSSCHUSS-EXTRA:
RUNDER TISCH „ALTONAER BAHNHOF“

Im Sommer 2020 veröffentlichten die Bürgerinitiative Prellbock Altona „Der Bahnhof Altona bleibt wo er ist“ und die Altonaer CDU fast zeitgleich Pressemitteilungen zum Thema „Verwahrlosung und Verschmutzung des Bahnhofs Altona“.



Es gab ein heftiges Medienecho unter dem Motto „Ekelbahnhof Altona“.

Politisch konnten sich die Akteure der Bezirksversammlung und des Bezirksamts auf einen „runden Tisch Bahnhof Altona“ einigen. RunderTisch ist etwas übertrieben. Die wesentlichen Akteure für einen echten runden Tisch fehlen: Die Geschäftsleute und der Eigentümer der Osthälfte des Bahnhofs. Dominiert wurde der runde Tisch durch die Bezirksamtsleiterin. Nach fast zwei Jahren und sechs Sitzungen am runden Tisch ist das Ergebnis allerdings wenig schmeichelhaft. Die häufigste Aussage seitens der Deutschen Bahn und des Bezirks Altona zu notwendigen Maßnahmen im und um den Bahnhof: „Wir haben kein Geld“.

Pressemitteilung Prellbock Altona e.V. zur zunehmenden Verwahrlosung ...

Diese Probleme sind auch nach fast zwei Jahren nicht gelöst:

- Tauben im und um den Bahnhof
- Sauberkeit und regelhafte Reinigung
- Umfangreiche neue Fahrradstellplätze
- Rund um die Uhr geöffnete, in ausreichender Zahl vorhandene und vor allem kostenlose Sanitär-/WC-Angebote
- Beleuchtungsfragen
- Rückkehr der Bahnhofsmission auf den Bahnhof
- Tagesaufenthalt für Obdachlose am Bahnhof
- Besserer Zugang vom Bahnhof ebenerdig zum Busbahnhof

Infoblatt Prellbock Altona e.V. zur Modernisierung Bahnhof Altona ...

Status Herbst 2021: Die Hansestadt Hamburg hat mit ihrem LIG (Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen) ihr Vorkaufsrecht wahrgenommen und dem LIG gehören jetzt das Parkhaus am Bahnhof und die Osthälfte des Bahnhofs. Die Forderungen und Ideen der Bürgerinitiative Prellbock vom März 2021 sind also weiterhin sehr aktuell.

Sternbrücke: 60 Mio € für eine neue 26 m hohe Brücke, Verbreiterung auf 4 Spuren und Abriss von 7 Altbauten statt einer Sanierung der bestehenden Brücke – das möchten zumindest die DB und die Stadt Hamburg.

Bei der politischen Arbeit unserer Fraktion im Verkehrsausschuss lassen wir uns davon leiten, dass eine zukunftsgerichtete Verkehrspolitik soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur auf kluge Weise miteinander verbinden muss. Es ist notwendiger und dringlicher denn je.

Radverkehr – Bündnis für den Radverkehr

In den letzten Jahren hat sich der Verkehrsausschuss schwerpunktmäßig zu einem Ausschuss für Straßenumbauten zugunsten des Radverkehrs – z. B. zur Realisierung der Velorouten – entwickelt. Grundsätzlich trägt unsere Fraktion die Förderung des Radverkehrs als Teil einer umwelt- und klimaschonenden Mobilitätswende mit. Dabei müssen wir aber immer wieder versuchen, den Konflikt zwischen ÖPNV, Radverkehr, Baumschutz und motorisiertem Individualverkehr zu lösen. Beispielsweise wurden bei der Überplanung des Hohenzollernrings/Bleickenallee oder der Planung der Velorouten entlang der Elbgaustraße Baumfällungen beschlossen, die wir in dem Ausmaß für unverhältnismäßig hielten. Wichtig ist für uns dabei immer, dass die Verkehrswende nicht nur ökologisch, sondern auch sozial geprägt sein muss.

Altona – eine einzige riesige Baustelle?

Nicht nur wegen des Baus neuer Velorouten und Radverkehrsanlagen, sondern auch wegen zahlreicher anderer Bauprojekte ist Altona inzwischen fast zu einer einzigen riesigen Baustelle geworden. Angesichts jahrzehntelang aufgeschobener Instandsetzungsarbeiten bei Wasserleitungen und Sielen kommt es jetzt zu zahlreichen Großbaustellen, wie z. B. entlang der Elbchaussee. Als weitere Beispiele sind das Projekt A7-Deckel, die Brückenbaustelle Lessingtunnel und der Neubau des S-Bahnhaltepunkts Ottensen zu nennen. Die durch den rot-grünen Senat eingesetzte Baukoordination funktioniert offensichtlich nicht. Zudem wurde von uns immer wieder die mangelhafte und verspätete Information von Anwohner:innen kritisiert, die von Baumaßnahmen betroffen sind.

Tempo 30 in Altona – leider nur in kleinen Schritten...

Nach unserer Ansicht muss die zulässige Höchstgeschwindigkeit für den Automobilverkehr aus Gründen des Klimaschutzes, des Lärmschutzes und der Verkehrssicherheit – insbesondere der Schulwegsicherung – in der gesamten Stadt grundsätzlich auf 30 km/h begrenzt werden. Nur für die zentralen Magistralen sollte eine Höchstgeschwindigkeit von 50 km/h gelten. Leider kann hier aufgrund der Einheitsgemeinde und der Zuständigkeit des Bundes bei der Straßenverkehrsordnung der Bezirk nur fordern bzw. empfehlen. Wir setzen uns auch weiterhin für Tempo 30 ein, insbesondere auch zur Verbesserung der Wohnumfeldqualität.

Brücke Hartkortstraße: Nadelöhr zur Neuen Mitte Altona

Vom Modellversuch „Ottensen macht Platz“ zum Projekt „freiRaum Ottensen“

Den Modellversuch „Ottensen macht Platz“ von Anfang September 2019 bis zu seinem vorzeitigem Abbruch Ende Januar 2020 aufgrund einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts hat unsere Fraktion als Teil der klimapolitisch notwendigen Mobilitätswende wohlwollend, aber auch mit Kritik begleitet. Dies gilt auch für „freiRaum Ottensen“, das als Neuauflage des Projekts eines autoarmen Quartiers aktuell anläuft.

Die Auswertung des Modellversuchs „Ottensen macht Platz“ kommt zu keinem klaren Ergebnis: Viele Menschen sind für eine unveränderte oder aber modifizierte Weiterführung dieses Projekts. Viele aber auch, insbesondere ein erheblicher Anteil der Anwohner:innen, äußerten starke Kritik. Eine auf Dauer eingerichtete autoarme Zone kann es daher im Zentrum Ottensens nur dann geben, wenn diese Kritik gehört und berücksichtigt wird. Unbedingte Voraussetzung für ein Konzept in Ottensen, das dem Rad- und Fußverkehr mehr Raum gibt, ist eine gut strukturiere, intensive und ergebnisoffene Beteiligung aller betroffenen Bürger:innen. Um das Projekt „Ottensen macht Platz“ fortzuführen und auszuweiten bedarf es im Beteiligungsverfahren einer stadtplanerischen Betrachtung ganz Ottensens. Dabei sind ökologische, soziale, wirtschaftliche und gesundheitliche Aspekte in der Planung mit den Bürger:innen voll umfänglich zu bedenken.

> *„Planung MUSS unter Beteiligung der Anwohnenden stattfinden.“*

An dem aktuell anlaufenden Projekt „freiRaum Ottensen“ ist zu kritisieren, dass die Abgrenzung des Gebiets wesentliche Bereiche nicht mit einbezieht. Unsere Fraktion hatte sich dafür eingesetzt, die südliche Gebietsgrenze nicht entlang der Achse Eulenstraße/Klausstraße, sondern entlang der Elbchaussee zu ziehen. Diese Gebietserweiterung haben wir damit begründet, dass von den Verlagerungseffekten betroffene Quartiere mit einbezogen werden müssen. Ähnlich wie bereits bei dem Modellversuch „Ottensen macht Platz“ hat auch „freiRaum Ottensen“ die Schwäche, dass dieses Vorhaben nicht ausreichend durch übergreifende Maßnahmen im Rahmen einer stadtweiten Mobilitätswende – wie deutliche Senkung der HVV-Tarife und weiter verbessertes Nahverkehrsangebot – flankiert wird.

E-Scooter: unökologisch und ein Ärgernis auf den Geh- und Fahrradwegen

E-Scooter: Gefahr für die Barrierefreiheit

E-Scooter prägen das Hamburger Stadtbild im negativen Sinn, tragen nicht zu einer Reduzierung des Automobilverkehrs bei und haben sich zu echten Barrieren auf Geh- und Fußwegen entwickelt. Aus Sicht unserer Fraktion sind daher regulierende Maßnahmen zu ergreifen, um Barrierefreiheit und Fußwege vor falsch abgestellten E-Scootern zu schützen. Unser Antrag, die Einhaltung der bisherigen Verbotszonen für E-Scooter auszuwerten, ggf. auszuweiten und weitere Regulierungsmaßnahmen zu ergreifen wurde, vor allem von den GRÜNEN, abgelehnt und fand keine Mehrheit. Sollte die von der Fachbehörde in Aussicht gestellte Ausweitung der Verbotszonen zu keiner wesentlichen Verbesserung der Situation führen, werden wir uns für ein Verbot dieser Roller in Hamburg einsetzen.

AUSSCHUSS FÜR REGIONALE STADTTEILENTWICKLUNG UND WIRTSCHAFT

Tourismus RISE
Förderung Stadtteile
Lurup Osdorf Bahrenfeld
städtebauliche Sanierung
Wirtschaftsförderung Coronahilfen

Der Ausschuss beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Wirtschaft in Altona, Tourismus, Arbeitsmarktpolitik, der städtebaulichen Sanierung und den aktuellen Themen der Stadtteile Osdorf, Lurup, Bahrenfeld, Altona – Altstadt und Sternschanze. Zu den wichtigen Aufgaben des Ausschusses gehört es, die Fördergebiete des Rahmenprogramms integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) im Bezirk Altona politisch zu begleiten. Das RISE-Programm ist ein aus Bundes- und Landesmitteln der Städtebauförderung finanziertes Instrument, um Stadtteile und Quartiere mit besonderen sozialen Förderbedarfen zu unterstützen. Aktuell bestehen in unserem Bezirk drei RISE-Gebiete: Osdorfer Born/Lurup (2015 bis 2021, Verlängerung der Förderphase geplant), Lurup (2019 bis 2026) und Altona-Altstadt (Förderbeginn 2008, derzeit in der Nachsorgephase).

Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung (RISE)

Gefördert werden durch RISE vor allem bauliche Maßnahmen, von der Errichtung soziokultureller Begegnungsstätten über die Instandsetzung von Parks, Grünanlagen sowie Spielplätzen bis hin zur Neugestaltung von Fußwegenetzen in Wohnquartieren.

Unsere Fraktion hat die zeitliche Begrenzung der RISE-Förderung auf sieben Jahre und das aufwändige Prüfungsverfahren, das der Einrichtung eines RISE-Gebiets vorausgehen muss, deutlich kritisiert. Die dem RISE-Konzept zugrundeliegende Idee, durch eine zeitlich begrenzte finanzielle Förderung sich selbst tragende Strukturen zu schaffen, geht an der Realität vorbei. Quartiere mit sozialen Förderbedarfen brauchen auf Dauer verlässliche Unterstützung. Außerdem kritisieren wir, dass RISE ein reines Bauprogramm ist. Abgesehen vom Quartiersmanager, der das RISE-Gebiet betreut, dürfen darüber hinaus keine Personalkosten über RISE finanziert werden. Trotz erheblicher Kritik an dem Förderinstrument RISE hat sich unsere Fraktion zusammen mit den übrigen Fraktionen erfolgreich dafür eingesetzt, dass Lurup ab 2019 in die RISE-Förderung aufgenommen wurde. Wir freuen uns, dass dies erste Früchte trägt: Im Februar 2021 konnte die neue Community School LURUM an der Luruper Hauptstraße ihren Schulbetrieb aufnehmen. LURUM verfolgt einen modernen stadtteilbezogenen Ansatz, indem es das klassische Schulangebot mit in den Stadtteil hineinwirkenden Jugendhilfe-, Beratungs- und Kulturangeboten verbindet. Angedacht ist es zudem, das geplante

> *„RISE-Förderung muss auskömmlich sein und dauerhaft sichergestellt werden.“*

Wohnen im Osdorfer Born

neue Vereinshaus des SV Lurup mit RISE-Mitteln zu fördern. Im Gegenzug soll der SV Lurup sein reguläres Sportangebot zu einem Preisniveau anbieten, das auch für Menschen mit wenig Einkommen finanzierbar ist. Außerdem sollen kostenlose Angebote des SV Lurup vor allem im Lüdersring und im Flüsseviertel etabliert werden.

Auch im RISE-Gebiet Osdorfer Born/Lurup werden zahlreiche sinnvolle Maßnahmen durch RISE-Gelder gefördert: Zu nennen sind hier der geplante Neubau des KLICK-Kindermuseums und die voraussichtliche Erneuerung der Außenfassade des Bürgerhauses Bornheide. Auf unser Unverständnis stößt es allerdings, dass es nicht möglich sein soll, im Osdorfer Born am Helmuth-Schack-See den Bau einer öffentlichen Toilette aus RISE-Geldern zu fördern. Wir haben uns mehrfach dafür eingesetzt, dass dort eine öffentliche Toilette eingerichtet wird.

Bezirkliche Wirtschaftsförderung

Das Thema Wirtschaft wird im Ausschuss durch regelmäßige Berichte der bezirklichen Wirtschaftsförderung behandelt. Im Überblick ist der Ausschuss darüber informiert worden, in welchem Umfang Corona-Hilfen an im Bezirk tätige Unternehmen und Selbstständige geflossen sind. Nach Ende des Lockdowns war die Vergabe von Fördermitteln für Werbemaßnahmen an Einkaufszentren und Werbegemeinschaften des Einzelhandels umstritten. Wir haben uns dabei dafür eingesetzt, dass auch die kleineren Zentren und Werbegemeinschaften in die Förderung mit einbezogen werden.

Mehr Förderung für Stadtteile mit vielen Geringverdienenden und Sozialhilfeempfänger:innen

Es ist ein zentrales Anliegen unserer Fraktion, dass Stadtteile und Quartiere, in denen viele Menschen mit geringem Einkommen leben, sozial nicht immer mehr von der übrigen Stadt – insbesondere den reichen Wohngebieten – abgehängt werden. Wir fordern in Stadtteilen mit hohem Anteil von Geringverdienenden und Sozialhilfeempfänger:innen deutlich verbesserte soziale und kulturelle Angebote. Von dieser politischen Leitlinie ist die Arbeit der Fraktion im Ausschuss für regionale Stadtteilentwicklung und Wirtschaft geprägt.

Am Born Center

AUSSCHUSS FÜR KLIMASCHUTZ, UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Foto: freepik – de.freepik.com

Lärm Sondernutzungen
Asphalt **Klimanotstand**
Gastronomie sozial-ökologisch
Klimaschutzkonzept

In dieser Wahlperiode wurde erstmals ein Fachausschuss für Klimaschutz eingerichtet, was ein richtiger und längst überfälliger Schritt war. Es existiert jetzt ein institutioneller Ort, an dem die Bezirkspolitik regelmäßig über Maßnahmen und Einzelprojekte des bezirklichen Klimaschutzes beraten kann. Aus Sicht unserer Fraktion ist es dringend notwendig, das klimapolitische Handeln der bezirklichen Klimaschutzbeauftragten und der Umweltbehörde des rot-grünen Senats kritisch zu hinterfragen und möglichst eng zu kontrollieren. Ausgehend von den sich kontinuierlich verschärfenden Folgen der globalen Klimakrise, die sich auch hier vor Ort in Altona auswirken, sieht unsere Fraktion den Klimaschutz als zentralen politischen Schwerpunkt ihrer Arbeit an. In unserem Programm zur Bezirkswahl 2019 sprachen wir uns für ein ökologisches und klimagerechtes Altona aus. Unser Programm hat konkrete Vorschläge vom Erhalt des Baumbestands über Luftreinhaltung und Lärmschutz bis hin zur Vermeidung von Plastikmüll gemacht.

Bezirklicher Klimaschutz zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Bereits 2018 ist ein Integriertes Klimaschutzkonzept für Altona ausgearbeitet und schließlich im Frühjahr 2019 von der Bezirksversammlung beschlossen worden.

Gleich zu Beginn der Wahlperiode hat unsere Fraktion mit ihrer umfangreichen Antragsvorlage „Klimanotstand in Altona ausrufen!“ eine politische Debatte über die bezirklichen Klimaschutzziele angeschoben. Mit unseren Forderungen für einen weitgehenden bezirklichen Klimaschutz – vom Erhalt und der Ausweitung öffentlicher Grün- und Parkanlagen über den strikten Schutz des Baumbestands bis hin zu einer beschleunigten Realisierung der Maßnahmen des integrierten Klimaschutzkonzepts Altona – konnten wir uns leider nicht durchsetzen. Durch unsere Initiative haben wir jedoch die übrigen Fraktionen unter Handlungsdruck gesetzt und sie nochmals dazu gezwungen, ihre Klimaschutzforderungen zu konkretisieren und nachzuschärfen. Mit weiteren Anträgen zur personellen und finanziellen Ausstattung des bezirklichen Klimaschutzes und zur Kritik der unzureichenden Klimaschutzmaßnahmen der großen Koalition haben wir im Anschluss weitere deutliche klimapolitische Akzente gesetzt. Im Oktober 2019 ist unser Antrag „Klimastreik unterstützen – Klimaschutzprogramm der Bundesregierung deutlich nachbessern!“ immerhin mit Stimmen von LINKEN und GRÜNEN

> *„Für die Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes braucht es auch Mittel für die personelle Ausstattung.“*

Schleppdampfer „Woltman“, Museumshafen Övelgönne

mehrheitlich beschlossen worden. Mit leichten Modifizierungen und Änderungen ist unser Antrag „Klimaschutz in Altona: Finanziell und personell absichern“ im November 2019 angenommen worden. Das Bezirksamt hat infolgedessen den finanziellen und personellen Bedarf, der dazu benötigt wird, die bezirkliche Klimapolitik zu realisieren, regelmäßig geprüft und dem Ausschuss dazu erstmals im Juni 2020 berichtet. Das Bezirksamt kam zu dem Ergebnis, dass mindestens 10 zusätzliche Stellen im Amt für die Klimapolitik erforderlich seien. Das erforderliche jährliche Personal- und Sachmittelbudget sei auf 1,2 Mio. € zu schätzen. Im April 2021 berichtete das Bezirksamt, das bezirkliche Klimateam sei jetzt mit fünf Mitarbeiter:innen vollständig besetzt. Davon seien jedoch zwei Stellen zeitlich befristet. Insgesamt hat unsere Fraktion den Eindruck, dass unter der politischen Führung der grünen Bezirksamtsleitung Anspruch und Wirklichkeit in der Klimapolitik weit auseinanderklaffen. DIE LINKE wird hier kontinuierlich den Finger in die Wunde legen: Der bezirkliche Klimaschutz sollte mit ausreichenden finanziellen und personellen Ressourcen entschlossen vorangetrieben werden, denn der Preis für Nichtstun wird weitaus höher sein.

Wir sehen es zudem als unseren politischen Auftrag an, dass soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz zusammenhängend betrachtet werden. Besonderes Augenmerk haben wir dabei auf die im bezirklichen Klimaschutzkonzept vorgesehene Förderung der energetischen Sanierung von zwei Wohnsiedlungen im Stadtteil Iserbrook (Op‘n Hainholt und Schenefelder Holt). In der Vergangenheit haben sich derartige Sanierungsmaßnahmen regelmäßig als nicht warmmietenneutral erwiesen: Die Umlage der energetischen Sanierungskosten war höher als die Heizkostenersparnis. Infolge der Mietsteigerungen sind langjährige Bewohner:innen aus ihren Wohnungen verdrängt worden. Gerade in einer Metropole wie Hamburg, in der günstiger Wohnraum sehr knapp ist, darf Klimaschutz nicht zu neuen sozialen Verwerfungen führen. Zwar wird von den Vertreter:innen des Amtes immer wieder beteuert, dass diese Gefahr nicht bestehe, am Ende treffen jedoch nicht Amtsvertreter:innen, sondern die Verantwortlichen in den Wohnungsunternehmen die wirtschaftliche Entscheidung über die weitere Mietentwicklung. Auch deshalb sind ein Mietpreisdeckel und eine Vergesellschaftung großer Wohnungsunternehmen politisch dringend geboten.

„Klimaschutz muss sozial gerecht sein.“

Asphaltgestank aus dem Gewerbeareal Schnackenburgallee

Im Einzelfall berät der Ausschuss über Beschwerden von Bürger:innen über gewerblich oder industriell bedingte Umweltbelastungen. So hatte sich der Ausschuss schon seit 2016 regelmäßig mit Beschwerden über Geruchsbelästigungen insbesondere durch Schwefel- und Asphaltgerüche aus dem Industrie- und Gewerbeareal Schnackenburgallee zu befassen. Die Anwohner:innen eines nahegelegenen Wohngebiets vermuten das dortige Asphaltmischwerk als Verursacher. Auf Forderung der Bezirkspolitik sollten durch die Umweltbehörde kontinuierliche Schadstoffmessungen vorgenommen werden. Die Fachbehörde teilte jedoch daraufhin mit, dass die Geruchsbelästigungen nicht eindeutig dem Asphaltmischwerk zugeordnet werden könnten, eine Rechtsgrundlage für kontinuierliche Emissionsmessungen beim Asphaltmischwerk fehle, sowie dass dies technisch nicht möglich sei. Auch in 2021 hat der Ausschuss noch einmal den Versuch unternommen, die Tätigkeit bzw. die Untätigkeit der Umweltbehörde bezogen auf die Geruchsimmissionen durch einen externen Gutachter überprüfen zu lassen. Auch das scheiterte, insbesondere auch auf Grund der geringen Möglichkeiten des Bezirks, die Umweltbehörde zu solchen

Maßnahmen zu verpflichten oder diese selbst vorzunehmen. Unsere Fraktion hat insgesamt nicht den Eindruck, dass die Umweltbehörde sich unter anderem aktiv um eine Nachbesserung der lückenhaften Rechtsgrundlagen im Bereich der Emissionsüberwachung industrieller Anlagen bemüht. Einmal mehr drängt sich uns erneut der fatale Eindruck auf, dass auch unter Regierungsbeteiligung der GRÜNEN unternehmerischer Profit mehr zählt als die gesundheitliche Unversehrtheit von Menschen.

Verbraucherschutz und Gewerbe

Neben Umweltschutz ist dasselbe bezirkliche Fachamt zudem für Verbraucherschutz und Gewerbe zuständig. In jeder Ausschusssitzung werden die Sondernutzungsanträge für Außengastronomie von Kneipen, Bars sowie Cafés in Ottensen und im Schanzenviertel in nicht-öffentlicher Sitzung detailliert beraten, geprüft und beschlossen. Gerade unter Pandemiebedingungen sind die Ziele der Barrierefreiheit und der ökonomischen Existenzsicherung der Gastronomie nur schwer in Einklang zu bringen. Es darf dabei aber nicht außer Acht gelassen werden, dass die Schanze genauso wie Ottensen ein Wohnquartier ist und nicht ausschließlich Vergnügungsviertel. Im Interesse der Anwohner:innen setzt sich unsere Fraktion mit Blick auf Nachtruhe und Lärmschutz dafür ein, die gastronomischen Aktivitäten entsprechend strikt zu regulieren und zu begrenzen.

„Die Zentralität der ökologischen Frage beginnt – hier!“

Wie weiter?

Als Fraktion einer sozialistischen Partei ist es unsere vorrangige Aufgabe, darauf zu achten, dass sich durch den Klimaschutz die soziale Spaltung nicht noch weiter vertieft. Klimaschutz muss vielmehr das Ziel einbeziehen, die soziale Spaltung zu überwinden. Aus unserer Sicht wird die Klimakrise langfristig nur gelöst werden können, wenn die ressourcenverschwendende, wachstumsfixierte und profitorientierte kapitalistische Wirtschaftsweise schnellstmöglich durch eine nachhaltige, klimagerechte und solidarische Wirtschaftsordnung ersetzt wird. Kurzfristig werden wir alle konkreten Vorschläge unterstützen, die auf sozial gerechte Weise die Klimaschutzziele voranbringen. Denn die Zeit wird langsam knapp.

Foto: rawpixel.com – de.freepik.com

SONDERAUSSCHUSS SCIENCE CITY BAHRENFELD

Foto: DCStudio – de.freepik.com

Volkspark Verdrängung
Wohnungsbau DESY S32 A7
Vorbehaltsgebiet soziale Infrastruktur
Bürger:innenbeteiligung
Stadtteilbeirat Bestandsanalyse

Die Vorgeschichte

Der Sonderausschuss Science City Bahrenfeld hat sich Mitte Juni 2021 konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Zweieinhalb Jahre zuvor – im Januar 2019 – hatten Behördenvertreter:innen erstmals die Pläne des rot-grünen Senats zum Projekt Science City Bahrenfeld vorgestellt:

Nach den Senatsplänen soll rund um DESY, den Volkspark und an der A7 die Science City Bahrenfeld errichtet werden. Das Projekt setzt sich aus vier Arealen zusammen: DESY-Forschungszentrum, Technologie-Park Lurup, Ansiedlung naturwissenschaftlicher Fachbereiche der Universität Hamburg und 2.500 neuen Wohneinheiten auf dem Trabrennbahngelände und den Kleingartenanlagen. Künftig werden rund 5.000 Studierende in naturwissenschaftlichen Fächern am neuen Uni-Standort ausgebildet.

Unsere Fraktion hat von Anfang an klar Position bezogen: Eine funktionstüchtige Schienenanbindung bereits zum Start der Science City ist zwingende Bedingung für die Realisierung des Projekts, sonst droht ein Verkehrsdesaster. Die in Bahrenfeld vorhandenen Grün- und Erholungsflächen vom Altonaer Volkspark bis hin zum Lise-Meitner-Park dürfen nicht angetastet werden. Bei der Realisierung darf es zu keinen Verdrängungsprozessen und negativen sozialen Folgen wie Mietpreissteigerungen und Gentrifizierung kommen.

Das DESY wird ein Bestandteil der Science City sein

April 2019: Spatenstich für das Innovationszentrum auf dem Forschungscampus in Hamburg-Bahrenfeld (Gemeinschaftsprojekt von DESY, der Uni Hamburg und der FHH)

Ein sehr weitreichender Auftrag zur Durchführung aller Planungen und Untersuchungen für die Science City Bahrenfeld wurde der Hafen City GmbH erteilt, die daraufhin eine Science City Hamburg Bahrenfeld GmbH gegründet hat.

Gegen die Stimmen unserer Fraktion stimmte dann die Bezirksversammlung zu, dass der Bereich der geplanten Science City Vorbehaltsgebiet wird. Damit verlor Altona die Planungshoheit. Jetzt entscheiden Senatsbehörden über Bebauungspläne und Baugenehmigungen zentral.

Nur Mini-Ausschuss für Groß-Projekt Science City Bahrenfeld

Im September 2020 hatten sich eine Mehrheit der Bezirksversammlung, das Bezirksamt und die Science City GmbH in einem Kooperationsvertrag auch darüber verständigt, einen Sonderausschuss einzurichten. Leider wurde gegen unsere und die Stimmen der SPD nur ein Miniausschuss gebildet, der nur monatlich eine Stunde und mit nur 9 Mitgliedern tagt, statt wie die anderen Ausschüsse mit mindestens 3 Stunden pro Monat und 14 Mitgliedern. Das Großprojekt Science City in einem Mini-Ausschuss zu behandeln ist unzureichend. Damit war die Chance vertan, alle für die Science City relevanten Themen bürger:innenfreundlich und ausführlich zentral in einem Ausschuss zu bündeln.

Geplante Schienenanbindung der Science City durch die S32

Ein Kernpunkt unserer Arbeit im Sonderausschuss ist es, uns dafür einzusetzen, dass die zur Erschließung der Science City Bahrenfeld geplante S-Bahnstrecke S32 schnellstmöglich, spätestens zeitgleich mit der Science City realisiert wird. Die neue Strecke soll auch das westliche Bahrenfeld sowie Lurup und den Osdorfer Born erschließen. Das Problem der fehlenden Schienenanbindung dieser Stadtteile beschäftigt die politischen Gremien seit mehr als 40 Jahren. Inzwischen wird mit einer Fertigstellung der S-Bahnstrecke S32 nicht vor 2040 gerechnet.

Kritik an der Bestandsanalyse des Projektgebiets

Zu Beginn des Jahres 2021 hat die Science City GmbH ihre Analyse (siehe QR-Code) für das Plangebiet Science City der Bezirkspolitik im Rathaus Altona vorgestellt. Die Analyse umfasst 338 Seiten und rund 100 Pläne. Sie zeigt unterschiedliche Tiefen in der Recherche: Während natur- und landschaftsrelevante Themen ausführlich behandelt werden, ist der sozialökonomische Bestand nicht detailliert genug dargestellt. Sozialdaten der umliegenden Stadtteile fehlen ganz. Nutzungsdaten von sozialer und Sportinfrastruktur wurden nicht erhoben. Der bauliche Bestand auf dem DESY-Gelände wurde nicht ermittelt.

Standortanalyse Science City Hamburg Bahrenfeld

Erst wenn diese Daten vorliegen, ist aus unserer Sicht zu beurteilen, ob und in welchem Umfang DESY erweitert werden kann.

Nach der Zielplanung 2019 ist es vorgesehen, den westlichen Abschnitt der Luruper Hauptstraße neu zu bebauen. Dies lehnt DIE LINKE ab. Sie will den Wohnungsbestand sowie langjährig ansässige Handwerks- und Gewerbebetriebe erhalten. Angesichts dieses drohenden städtebaulichen Eingriffs sind detaillierte Daten zum Wohnungsbestand sowie zur Situation von Handel und Gewerbe zu erheben.

Auch die Darstellungen zu Verkehr und Mobilität geben unzureichende Hinweise dazu, wie das Projekt Science City zur sozialökologischen Mobilitätswende beitragen könnte.

Dem Antrag der LINKEN, die Bestandsanalyse zu überarbeiten, ist nur in Teilen gefolgt worden. Die von der Science City GmbH zugestandene Nachbesserung der Bestandsanalyse ist weiterhin jedoch unzureichend und bleibt hinter den Erfordernissen zurück, die sich aus der im Zielbild von 2019 angesagten Aufgabe einer behutsamen Einfügung dieses „Leuchtturmprojektes“ in die bestandsgeprägten Stadtteile Bahrenfeld und Lurup ergeben.

Schwarzer Tag für die Demokratie – Ablehnung der Unterstützung eines Stadtteilbeirats für Bahrenfeld

Angesichts der geplanten Science City und zahlreicher Bauprojekte ist ein Stadtteilbeirat für Bahrenfeld dringend erforderlich: Außerhalb behördlicher Beteiligungsverfahren muss es einen Ort geben, wo Austausch und Diskussion stattfinden können.

Aus Sicht der LINKEN sind die bisher unter Regie der Science City GmbH halbjährlich stattfindenden sog. Multiplikator:innentreffen, zu denen Vereine, Kirchen und Initiativen eingeladen werden, nicht ausreichend.

DIE LINKE beantragte erneut im Mai 2021, die Gründung eines Stadtteilbeirats in Bahrenfeld zu unterstützen. Alle anderen Fraktionen lehnten dies ab. Aus Sicht der LINKEN wurde die Sitzung zu einem schwarzen Tag für die demokratische Beteiligungskultur in Altona.

DIE LINKE wird sich weiter gemeinsam mit allen vor Ort aktiven Einzelpersonen und Initiativen dafür einsetzen, dass sich in Bahrenfeld ein mit öffentlichen Mitteln geförderter Stadteilbeirat gründen kann.

Bürgerbeteiligung im Sonderausschuss

In der praktischen Ausschussarbeit zeigt sich, dass die Bürger:innen von der öffentlichen Fragestunde in den Ausschusssitzungen regelmäßig Gebrauch machen und kritisch nachfragen. Es zeigt sich ebenfalls, dass die auf eine Stunde begrenzte Sitzungszeit viel zu kurz ist.

Unsere Fraktion hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass zumindest die schriftlichen monatlichen Sachstandsberichte der Science City GmbH lesbarer gestaltet werden und in der Datenbank der BV öffentlich zur Verfügung stehen.

Infoveranstaltung der Fraktion im April 2022, J. Beeck erklärt den Plan zur Science City

Rückblick mit Ausblick

1. Die ersten Monate der Arbeit des Sonderausschusses haben schon gezeigt, dass es auf Dauer nicht bei einem Mini-Ausschuss mit einer Sitzungszeit von einer Stunde bleiben kann. Wir werden mehr Raum dafür einfordern.

2. Die bisherigen Beteiligungsformate sind ungenügend. Wir fordern echte und ergebnisoffene Beteiligung der Anwohner:innen.

3. Unsere Fraktion wird sich fortgesetzt dafür einsetzen, dass geplante Größen und Qualitäten der Science City kritisch überprüft werden: Dies gilt für DESY, Universität und sog. Start-Ups mit etwaigen Verdrängungseffekten ebenso wie für neue Wohnbebauungen und soziale Infrastruktur.

4. Ein Schnellbahnanschluss der Science City Bahrenfeld und der Stadtteile Lurup und Osdorf muss schnellstmöglich umgesetzt werden.

BAUAUSSCHUSS

Foto: jieab – de.freepik.com

Bauanträge Bauvorbescheid
Baugenehmigungen
Investoren Ausnahme
Öffentlichkeit Befreiungen

Im Bauausschuss haben die politischen Parteien die größte Möglichkeit, auf Bauvorhaben im Bezirk Einfluss zu nehmen. Dort werden alle gestellten Bauanträge von Privatpersonen und Investor:innen behandelt. Dabei geht es zum einen um klassische Baugenehmigungsanträge auf Neubau, Erweiterung oder Umbau. Der Bauausschuss kann dabei insbesondere bei Genehmigung von Ausnahmen und Befreiungen vom geltenden Planrecht ein Veto einlegen. Zum anderen behandelt der Bauausschuss die sogenannten Vorbescheidsanträge, in denen insbesondere Investor:innen bei größeren Bauvorhaben die Rahmenbedingungen klären lassen wollen. Wird beispielsweise zu einem Antrag eines Investors ein Vorbescheid erteilt, hat das zur Folge, dass damit Rechtsgrundlagen geschaffen werden, die im eigentlichen Bauantragsverfahren als Genehmigung eingefordert werden können.

Fehlende Öffentlichkeit des Bauausschusses = undemokratisch

Mit der Begründung des Schutzes von Persönlichkeitsrechten der Antragstellenden sind jene Teile der Sitzung des Bauausschusses nicht öffentlich, die sich konkret mit den Inhalten von solchen Anträgen befassen. Diese Regelung halten wir für undemokratisch, denn: Wenn neben einem Lebensort eine kleine oder große Baumaßnahme beabsichtigt ist, dann müssen die Betroffenen frühzeitig davon erfahren, damit die Auswirkungen auf den Lebensort diskutiert und gegebenenfalls die Baumaßnahme mit den Anwohnenden neu oder anders geplant werden kann. Unser Verständnis von moderner und bürgernaher Stadtplanung ist es, dass nicht über die Köpfe der Anwohnenden hinweg entschieden wird. Das gehört zur Demokratie dazu.

Obwohl wir immer wieder den Antrag auf Öffentlichkeit der Sitzungen des Bauausschusses stellen, finden wir seit Jahren keine Zustimmung bei den anderen im Ausschuss vertretenen Fraktionen und auch nicht in der Verwaltung. Es heißt immer wieder, die Persönlichkeitsrechte der Antragsteller:innen/Investor:innen müssten geschützt werden. Als Hilfsargument wird darauf verwiesen, dass Bauanträge auf Grundlage eines geltenden Planrechtes entschieden werden, an dessen Zustandekommen die Öffentlichkeit ja im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen des Bau-Gesetzbuches (BauGB) beteiligt worden sei. Die Schaffung des Planrechts ist dabei jedoch meistens schon Jahrzehnte her. Aktuelle Bauvorhaben müssen daher auch aktuell – insbesondere vor den Herausforderungen der Klimakrise und des knappen Wohnraums – immer wieder durch die Öffentlichkeit kritisch überprüft werden. Ausnahmen und Befreiungen von den gesetzlichen

> *„Nicht-Öffentlichkeit der Bauausschüsse aufheben.“*

Grundlagen sind möglich, obwohl sie in das grundlegende Planrecht eingreifen und es womöglich auf den Kopf stellen. Aber darüber entscheiden einerseits das Amt und andererseits die Mehrheit der Teilnehmer:innen des Ausschusses.

Wir sind der festen Überzeugung, dass die von einer beabsichtigten Maßnahme betroffene Öffentlichkeit vor einer Entscheidung anzuhören ist. Denn erst wenn die Entscheider:innen in der Verwaltung und in der Politik die Positionen und Argumente der Betroffenen angehört und zur Kenntnis genommen haben, können sie sich bewusst für oder gegen eine Position entscheiden. Nur wenn die Öffentlichkeit an solchen Projekten beteiligt wird, kann sie nachträglich für sich entscheiden, ob die Verwaltung oder die politischen Vertreter Entscheidungen getroffen haben, bei denen nicht nur Investoreninteressen oder ein behauptetes übergeordnetes Gesamtinteresse sondern auch die Interessen der Öffentlichkeit an einer zukunftsfähigen Stadtentwicklung berücksichtigt worden sind.

Antrag: Transparenz und Demokratie – auch am Alsenplatz ...

Alsenplatz – ein Debakel

Ein Baugenehmigungsverfahren, in dem die Öffentlichkeit nicht ausreichend beteiligt worden ist, ist die Entscheidung für die Bebauung des Alsenplatzes durch die HASPA.

Es wurde auf Vorlage des Amtes durch die Zustimmung von CDU und GRÜNEN ein Vorbescheid erteilt, der über die Ausweisungen des geltenden Planrechtes hinweggeht. Das ist aus unserer Sicht

Tatort Alsenplatz: Für den Neubau eines Auszubildendenwohnheims der HASPA wurden dort 27 von 30 Bäumen gefällt.

2018: Kündigung des Pachtvertrages und Abriss der Kultkneipe „Blaues Barhaus“ für den Bau eines 4-stöckigen teuren Wohngebäudes

deshalb undemokratisch, weil die von einer beabsichtigten Maßnahme betroffenen Anwohner:innen nicht vor der Entscheidung angehört wurden.

Damit wurden Rechtstatsachen geschaffen, auf die sich der Investor, in diesem Falle die HASPA, berufen konnte. Die danach geschehenen Informationen der Öffentlichkeit waren nicht mehr Teil eines demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesses. Die Anwohner:innen konnten sich nicht mehr entscheiden – möchten sie eine Begrünung des Alsenplatzes oder eine Bebauung. Denn die Entscheidung für eine Bebauung wurde bereits gefällt.

Gefällt wurden dann auch im Januar 2022 die dort stehenden Bäume – ein Sinnbild für die Politik des rot-grünen Senats. Der Baumfraß schreitet auch hier voran.

Unser Grundverständnis: Beteiligung, Beteiligung, Beteiligung!

Für die zukünftige demokratische Gestaltung von Entscheidungsprozessen ist es unumgänglich, dass die betroffene Öffentlichkeit wie auch die Entscheider:innen in der Verwaltung und der Politik gemeinsam über Bauprojekte entscheiden. Nur so gelingt gemeinsame, demokratische Stadtplanung.

JUGENDHILFEAUSSCHUSS

Foto: rawpixel.com – de.freepik.com

Obdachlosigkeit Beteiligung
Kinderarmut Kindeswohl
OKJA Jugendsozialarbeit
Personalmangel Teilhabe
Abenteuer- & Bauspielplätze

Anpfiff zweite Halbzeit

Die Aussage „Uns geht es doch allen so gut in Deutschland“ ist einseitig und falsch. Gerade die Zahlen im Bereich Kinderarmut und die Verteilung auf die einzelnen Stadtteile in Hamburg zeigen dies klar auf. Die soziale Ungerechtigkeit nach Einkommen, aber auch nach soziokultureller Teilhabe, hat sich in den letzten 20 Jahren dramatisch verstärkt. Die strukturellen Ursachen lassen sich in der Bundespolitik („Hartz-Reformen”), aber auch in der mangelnden Finanzierung von Unterstützungsangeboten in den einzelnen Stadtteilen finden. Die Schuldenbremse in Hamburg trägt zu einer weiteren Verschärfung der Lage von armen Familien und Kindern bei.

Der Fokus der LINKEN Altona in der politischen Arbeit liegt auf der Teilhabe, sozialen Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle Kinder und Jugendlichen.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen

Junge Menschen haben ein Recht auf die Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft. Ihnen muss ermöglicht werden, in Interaktion und Kooperation mit anderen Mitgliedern der Gesellschaft die eigenen und die gemeinsamen Lebensverhältnisse zu gestalten. Kinder sind gewissermaßen selbst Expert:innen in ihrem Lebensumfeld und in ihren Familien. Sie an der Quartiersentwicklung und an der Jugendhilfeplanung zu beteiligen, ist nur folgerichtig. Sie zur politischen Beteiligung und zur Selbstorganisation zu ermuntern und selbstverwaltete Projekte zu ermöglichen, gehört dazu. Sie hinsichtlich ihres Wohls in ihren Familien, hinsichtlich der Hilfen zur Erziehung und zu ihrem seelischen und körperlichen Schutze an weitreichenden Entscheidungen und alternativen Lösungen zu beteiligen, ebenso. Eine kontinuierliche und weitgehende Beteiligung muss im Bezirk Altona ausgebaut und sichergestellt werden. Wir wollen eine unabhängige Koordinierungsstelle Kinder- und Jugendbeteiligung initiieren, fordern die Gründung eines demokratischen, inklusiven Kinder- und Jugendbeirats, der von Kindern und Jugendlichen selbst gewählt wird, und setzen uns für selbstbestimmte und selbstorganisierte Jugendprojekte sowie für Beteiligungsworkshops in allen gesellschaftlichen Bereichen ein.

> *„Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung und Mitsprache.“*

Leben auf dem Bauspielplatz – Offene Kinder- und Jugendarbeit muss ausgebaut werden

Angebote nicht kürzen, sondern ausbauen

Die Offene Arbeit mit Kindern und Jugendlichen (OKJA), die Angebote der Jugendsozialarbeit und der Familienförderung sind strukturell seit Jahren unterfinanziert. Im Bezirk Altona fehlen Einrichtungen, Personalstellen und Geld für Modernisierungen, Sanierungen, zur Kompensation von steigenden Betriebskosten und zur Übernahme der Tariflohnerhöhungen. 37 Abenteuer- und Bauspielplätze, Spielhäuser, Jugendclubs und Jugendzentren erhalten knapp über 4 Millionen Euro. Das reicht hinten und vorne nicht. Auch wird der stetig steigende Aufgabenzuwachs (Koordination im Stadtteil, Kinderschutz, Schulprojekte, Inklusion, Beteiligung von Kindern und Jugendlichen u.v.m.) weder finanziell noch personell berücksichtigt. Trotz neuer Baugebiete, der stetigen Nachverdichtung und der steigenden Zahl von Kindern und Jugendlichen werden in den neuen Quartieren keine Jugendeinrichtungen geschaffen und bestehende weder personell noch finanziell ausgebaut. Deshalb setzten wir uns immer wieder für den Ausbau der offenen Angebote und für ihre auskömmliche Finanzierung ein und werden auch nicht müde, weiterhin dafür zu kämpfen.

Im künftigen Holstenquartier, in der Mitte Altona, in der künftigen Science City Bahrenfeld und bei der Bebauung an der Griegstraße müssen solche Angebote für Kinder und Jugendliche entstehen!

Die Offene Kinder- und Jugendarbeit ist eine wichtige gesellschaftliche Basis zur Entwicklung von Kreativität, Selbstorganisation und solidarischem Handeln. Sie muss stetig finanziell ausgebaut bzw. gestärkt werden.

Wohnungslose junge Menschen und Straßensozialarbeit

Gemeinsam mit Betroffenen und Engagierten kämpfen wir gegen den Mietenwahnsinn, der die soziale Spaltung in unserer Stadt vorantreibt und insbesondere auch alleinerziehende und junge Menschen trifft.

Schätzungen zufolge gibt es in Hamburg rund 2.000 wohnungslose junge Menschen. Sie befinden sich in einer extrem prekären, belastenden und schutzlosen Lage. Die Hilfeangebote reichen weder in Hamburg noch im Bezirk Altona aus. Dringend benötigt werden dezentral angelegte, übersichtlich gestaltete und Sicherheit bietende Notschlafstellen und Wohnformen mit Fachpersonal, die sie in gesundheitlicher, psychischer und sozialer Hinsicht unterstützen. Wir wollen, dass im Bezirk Verhandlungen mit Wohnungsgesellschaften und Wohnungsgenossenschaften aufgenommen werden, damit Wohnungen für dieses Klientel dauerhaft zur Verfügung gestellt werden. Wir fordern einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus. Wir streben die Verwirklichung eines bezirklichen echten, zeitlich unbegrenzten und niedrigschwelligen Housing-First-Projektes an.

Die Jugendsozialarbeit muss insbesondere in Altona finanziell, personell und räumlich besser ausgestattet werden. Die wachsende Anzahl von psychisch belasteten Kindern, Jugendlichen, Jungerwachsenen und Alleinerziehenden erfordert aus unserer Sicht eine massive personelle Verstärkung in der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, in Erziehungsberatungsstellen, Elternschulen und der Straßensozialarbeit.

Dafür arbeiten und kämpfen wir auch in den nächsten Jahren im Jugendhilfeausschuss, aber vor allem auch in und mit Initiativen und Einrichtungen.

PLANUNGSAUSSCHUSS

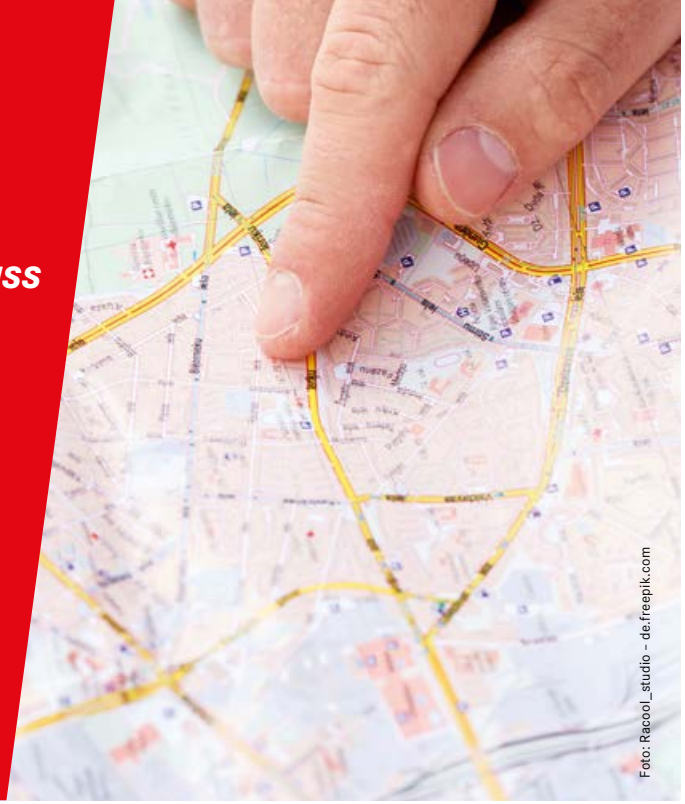


Foto: Racool_studio – de.freepik.com

Drittel-Mix Stadtentwicklung
Sozialer Wohnungsbau
sozial-ökologisch Holstenquartier
B-Plan Vorkaufsrecht Verdichtung
Bürger:innenbeteiligung Magistralen
Klima Denkmalschutz
Baugemeinschaften

Enger! Dichter! Höher!

Der Planungsausschuss ist als Fachausschuss zuständig für die Vorbereitung von Entscheidungen der Bezirksversammlung zur Stadtentwicklung in Altona. Die zentrale Aufgabe des Planungsausschusses ist es, Gesamtkonzepte für eine soziale und klimaverträgliche Stadt zu entwickeln. Gerade im Planungsausschuss können wir erkennen, dass das Wohlergehen der Investor:innen ein beachtlicher Faktor in der Entscheidungsfindung zu sein scheint. Das Credo ist: Enger! Dichter! Höher! Denn es müssen Wohnungen her, um jeden Preis. Nach den Qualitäten des entstehenden Wohnungsbaus für die Menschen, die dort im Umfeld schon leben und zukünftig leben werden, wird jedoch kaum gefragt. Die Folgen sind Baumfraß und sich verschlechternde Lebensqualität. Auch der soziale Wohnungsbau bleibt auf der Strecke. Das Ergebnis: weiter steigende Mieten, was für die soziale Infrastruktur eine fatale Entwicklung bedeutet.

Dreh- und Angelpunkt: Der Bebauungsplan und das Ringen um Öffentlichkeit

Im Grunde geht es bei unserer Arbeit im Planungsausschuss darum, zu verhindern, dass schlechte Planung ihren Weg in die Verfahren zu den Bebauungsplänen (B-Plänen) findet. Das Ringen um bessere und damit sozial-, klima- und stadtverträglichere Lösungen setzt also im Vorfeld des Verfahrens ein, beim Vorentwurf.

Mit dem Versuch, bessere Auslegungsbeschlüsse zu fassen, begleiten wir die politische Abwägung und heben unsere Hand gegen B-Plan-Beschlüsse, die mit ihren Inhalten leider viel zu oft gegen die Interessen der Menschen in Altona gefasst werden. Im Fall des Holsten-Quartiers haben wir allerdings dafür plädiert, den Bebauungsplan auszulegen, um die darin aus unserer Sicht vielfach unzureichenden Inhalte der Bevölkerung bekannt zu machen, damit diese sich ein eigenes Bild machen kann. Problematisch sehen wir im Holsten-Quartier z. B., dass der Drittel-Mix fortgeschrieben wird, obwohl in Altona ein Bedarf von 50 % an geförderten Wohnungen besteht. Damit die Stadt das Quartier selbst entsprechend entwickeln kann, haben wir den Antrag gestellt, dass die Stadt für das Holstenareal ihr Vorkaufsrecht ausüben soll.

> *„Holstenareal: sozial-ökologische Stadtentwicklung statt Investoren-Monopoly“*

Die Linksfraktion ist ebenso wie die Initiative „knalltamdollsten" gegen den Vertrag mit dem derzeitigen Eigentümer des Holstenareals.

Grenzen und Möglichkeiten des Bezirks

Wirklich etwas zu sagen hat der Bezirk und damit der Planungsausschuss nur bei bezirklichen Bebauungsplänen wie dem Holsten-Quartier. Die großen Vorhaben evoziert der Senat i.d.R., d.h. er übernimmt die Planungshoheit, sodass die Ausgestaltung des Bebauungsplans von der Fachbehörde der Stadt geplant wird. Der Bezirk muss dies so hinnehmen und hat dann keine Steuerungsmöglichkeiten mehr. Evozierte Vorhaben sind z. B. die Science City, das Umfeld des Bahnhofs am Diebsteich, beide Bauabschnitte der Mitte Altona.

Hingegen liegt die Magistralenentwicklung in der Hand des Bezirks. Die Bebauungspläne dafür zu erstellen, ist ein zunehmender Schwerpunkt des Planungsausschusses. Hier wird es uns weiter darum gehen, die Bedürfnisse der Anwohner:innen einzubringen und darauf hinzuweisen, dass gewachsene Strukturen, Identitäten und Milieus geschützt und bewahrt werden. Bei der Magistralenentwicklung wird auch deutlich, wie eng Stadtplanung mit Themen anderer Ausschüsse wie Verkehr, Grün und Klima zusammenhängen. Hier wird es zunehmend wichtig zu erreichen, dass nicht das Eine gegen das Andere ausgespielt wird. Für den Planungsausschuss bedeutet dies konkret, dass bei der Erstellung neuer Bebauungspläne auch die Wirkungen z. B. auf das Mikroklima vor Ort oder die Nutzung von Grünflächen mehr als

bisher mitgedacht und berücksichtigt werden müssen. Dazu gehört weiterhin, dass senatseigene Vorgaben, z. B. aus dem Landschaftsprogramm, der Klimaanalyse oder der Freiraumanalyse, endlich bei der Stadtentwicklung beachtet und nicht, wie in der Vergangenheit, vernachlässigt werden.

Parlamentarische Arbeit als Schnittstelle zwischen Öffentlichkeit und Entscheidungsträger:innen

Wir nutzen unsere Debattenbeiträge und Anträge, um auf Fehlentwicklungen hinzuweisen und Bedürfnisse der Anwohner:innen einzubringen. Ein anderes wichtiges Instrument unserer Tätigkeit ist, über das Einbringen von Anträgen in den Ausschüssen Einfluss auf die Stadtentwicklung zu nehmen, Themen und Inhalte einzubringen und Themen zu setzen, um sie in die öffentliche Diskussion zu tragen. Beispiele dafür sind unsere Anträge zur Einrichtung eines Stadtteilbeirates zur Begleitung der Entwicklungen rund um die Science City und unser Antrag zur Öffentlichkeitsbeteiligung am Magistralenkonzept Altona.

Wir werden im Planungsausschuss, trotz aller Widerstände, weiter für eine vielfältige Beteiligung der Bürger:innen und eine sozial-gerechte und ökologische Stadtentwicklung eintreten.

Abriss des Euler-Hermes-Gebäudes in Bahrenfeld

HAUSHALTS- UND VERGABEAUSSCHUSS

Foto: reepik – de.freepik.com

Sondermittel Politikmittel
Transparenz
Einheitsgemeinde Anreizsystem
Sicherheitskonferenz
Rahmenzuweisungen

Geld regiert die Welt

Die Aufgabe des Haushalts- und Vergabeausschusses (HVA) besteht im Wesentlichen darin, die verschiedenen Haushaltstöpfe zu überblicken sowie entsprechende und notwendige Vorlagen von Finanzbeschlüssen für die Bezirksversammlung zu erarbeiten.

Zu den einzelnen Haushaltstöpfen gehören die unterschiedlichen Rahmenzuweisungen für die Fachausschüsse, Sondermittel, Gelder aus dem sogenannten Anreizsystem (Wohnungsbau), Mittel der Sicherheitskonferenz und die Vergabe von umfangreicheren Projektzuweisungen (Politikmittel).

Bei der Vergabe von öffentlichen Zuwendungen und Bauleistungen hat der HVA die öffentliche Kontrollfunktion. Dazu gehört auch das teilweise Recht auf Akteneinsicht.

Aufgabengemäß beschäftigt sich der HVA mit dem Ausgabeverhalten der Empfänger:innen von öffentlichen Zuwendungen und diskutiert auch Grundsätzliches zum Haushalt und zu haushaltsrechtlichen Bestimmungen, Vorgaben und Veränderungen. Die jeweiligen fachlichen Diskussionen finden fast ausschließlich in den entsprechenden Fachausschüssen statt.

Budgethoheit des Bezirks – Fehlanzeige

In der Einheitsgemeinde Hamburg haben die einzelnen Bezirke kein eigenes Budget und können eigenständig nur in einem sehr engen, vom Senat vorgegebenen Rahmen entscheiden. DIE LINKE Altona fordert daher weiterhin ein eigenständiges Haushaltsrecht mit entsprechenden Zuweisungen aus den öffentlichen Steuereinnahmen. Nur so kann der Bezirk selbstbestimmt und flexibel Projekte und notwendige Ausgaben steuern und ist nicht vom Tropf des Landes Hamburgs abhängig.

Kein Geld – keine Macht

Unsere politische Arbeit besteht darin, die Gelder für die bestehenden Fachausschüsse zu verteilen. Erschwert wird unsere Arbeit darin, dass es viel zu wenig Geld im Bezirk gibt für eine starke Bezirksverwaltung und für dringend notwendige kulturelle und soziale Projekte sowie Initiativen. Eine breite und kontinuierliche Beteiligung der Menschen im Bezirk ist bisher überhaupt nicht organisatorisch und

finanziell berücksichtigt. Wir setzen uns folglich auch dafür ein, dass all diese Mittel deutlich erhöht und sozial gerechter aufgeteilt werden.

Selbst ist der Mensch!

Was viele Bürger:innen nicht wissen und was wir immer wieder anregen: Zuwendungen für Projekte können beim Bezirk beantragt werden. Zum Beispiel können Vereine oder Initiativen Zuwendungen für kulturelle Veranstaltungen, für bauliche Maßnahmen, für Büroausstattung oder sogar Personal stellen. Soweit es der Finanzrahmen der Finanztöpfe des Bezirks zulässt, werden diese Anträge dann in den entsprechenden Fachausschüssen thematisiert, bevor sie über den HVA zur Beschlussfassung Richtung Bezirksversammlung geschickt werden. Wir können nur jedem und jeder, Vereinen und Initiativen sehr raten, Finanzanträge beim Bezirk zu stellen. Hinweise zu Fristen und Voraussetzungen sind auf der Website des Bezirks zu finden.

IN MEMORIAM

ROBERT JAROWOY

FRAKTIONS-VORSITZENDER 2007–2020

KÄMPFER

FREUND

„Wer nicht kämpft, bekommt nichts.“

LINXIKON

Fraktion

Ein Zusammenschluss von gewählten Abgeordneten aus der gleichen Partei oder von Abgeordneten mit ähnlichen Zielen. Eine Fraktion arbeitet in einem Parlament zusammen. Sie möchte die Ziele ihrer Mitglieder durchsetzen. Mehrere Fraktionen können zusammen eine Koalition bilden.
Die Bezirksversammlung Altona hat 5 Fraktionen (SPD, Grüne, CDU, LINKE, FDP) und eine Gruppe (AfD) (unter 5 % und /oder max. 2 Direktmandate).

Einheitsgemeinde

Keine Trennung zwischen der (stadt)staatlichen und der kommunalen Ebene. Die sieben Bezirke, in die Hamburg aufgeteilt ist, haben zwar eigene Bezirksversammlungen, die aber nur über wenig Kompetenzen verfügen. Bezirksamtsleiter:innen sind gegenüber dem Senat weisungsgebunden. Die Bezirksämter und Bezirksversammlungen erledigen die Bezirksangelegenheiten, wenn nicht Senat und Bürgerschaft entscheiden oder eine der Fachbehörden zuständig ist. Die Bezirksversammlungen sind lediglich Verwaltungsausschüsse, die – gleichwohl direkt vom Volk gewählt – eine einerseits beaufsichtigende Funktion gegenüber den Bezirksämtern haben, andererseits gegenüber dem Senat und seinen Fachbehörden lediglich Empfehlungen aussprechen können, die jederzeit vom Senat außer acht gelassen bzw. aus der bezirklichen Hoheit herausgenommen (evoziert) werden können.

Fachbehörden

Die Fachbehörden entsprechen den Ministerien in den Bundesländern. Sie planen strategisch, steuern und beraten den Senat. Zusammen mit den Bezirken nehmen Sie auch kommunale Aufgaben wahr. In Hamburg gibt es 11 Fachbehörden.

Grünvolumen

Eine Größe aus der Landschaftsplanung, die mittels der Grünvolumenzahl (GVZ) angegeben wird. Die GVZ ist ein Maß für das Vorhandensein dreidimensionaler Vegetationskörper (Bäume, Sträucher, Gräser) auf einer Flächeneinheit und wird in der Einheit m^3 pro m^2 angegeben.

LSBG

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer ist ein Unternehmen der Freien und Hansestadt Hamburg und der Behörde für Verkehr und Mobilitätswende zugeordnet. Seine Aufgaben sind: Erhaltung baulicher Anlagen der technischen Infrastruktur Hamburgs wie: Straßen, Küsten- und Binnenhochwasserschutz, Gewässer (außer Bundeswasserstraßen), konstruktive Ingenieurbauwerke (u. a. Brücken, Tunnel, Wände, Schleusen, Sperr- und Schöpfwerke), Lichtsignal- und Verkehrstelematikanlagen (Erfassen, Übermitteln, Verarbeiten und Nutzen verkehrsbezogener Daten), Öffentliche Beleuchtung, Erschließungsmaßnahmen von gesamtstädtischer Bedeutung.

Bebauungsplan

Instrument der räumlichen Planung in Deutschland. Im Bebauungsplan legt eine Gemeinde (ein Bezirk) auf Beschluss die zugelassenen, städtebaulich relevanten Nutzungen auf einem Grundstück nach Art und Maß fest. Ein Bebauungsplan umfasst in der Regel nur einen Teil des Gemeindegebietes, etwa eine Gruppe von Grundstücken oder einen Stadtteil. Ein wichtiger Grundsatz laut Baugesetzbuch ist, im Rahmen der Planung die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen.

Bauvorbescheid

In der Bauvoranfrage prüft die Baubehörde ein Bauvorhaben auf seine bauplanungsrechtliche Zulässigkeit, ob es rechtmäßig ist und ob es mit den offiziellen Gesetzen des Baurechts übereinstimmt. Wird der Bauvoranfrage stattgegeben, erhält der Antragssteller einen Vorbescheid.

Housing first

Begriff aus der Obdachlosenhilfe. Erst kommt die Wohnung, dann Stabilität im Leben. Alternative zum herkömmlichen System von Notunterkünften und vorübergehender Unterbringung. Regulärer Wohnraum wird an die erste Stelle gerückt. Kein Beweis der Wohnfähigkeit, keine Drogen- oder Alkoholabstinenz als Bedingung.

Magistralen

Hamburgs 7 Hauptverkehrsstraßen, angeordnet nach dem Achsenmodell
- Stresemannstraße – Wedeler Landstraße (B431)
- Kieler Straße (B4) – Pinneberger Chaussee
- Grindelallee – Langenhorner Chaussee
- Steindamm – Meiendorfer Straße
- Amsinckstraße – Holtenklinker Straße (B5)
- Buxtehuder Straße – Cuxhavener Straße (B73)
- Ring 2

Regionale Bildungskonferenzen

Foren zur Vernetzung der regionalen und lokalen Bildungsakteure (Schule, Kita, Jugendhilfe, Vereine, Stiftungen, Seniorentreffs, Kirchen, etc.) Die RBK formieren sich in verschiedenen Zuschnitten (Lokale-, Regionale- und Bezirkliche Bildungskonferenzen). Ziel: Verbesserung des Bildungsangebots auf lokaler Ebene.

Schulbau Hamburg

Ein Landesbetrieb der Freien und Hansestadt Hamburg, der von der Finanzbehörde der Stadt mit Bau und Unterhalt der staatlichen Schulen Hamburgs betraut ist. Dies umfasst die Durchführung aller notwendigen Bau- und Sanierungsmaßnahmen für etwa 3300 Gebäude an 430 Schulstandorten.

Velorouten

14 stadtweite Routen mit einer Gesamtlänge von ca. 280 km. Zwölf sternförmig vom Rathausmarkt in die äußeren Stadtteile verlaufende Routen verbinden die Hamburger City mit den wichtigsten Zentren der Bezirke, zwei Ringverbindungen erschließen die Wohngebiete der inneren und äußeren Stadt. Die Routen verlaufen weitgehend abseits der Hauptverkehrsstraßen, wo Radfahrer:innen auf der Fahrbahn mitfahren können, durch Tempo-30-Zonen und auf Fahrradstraßen.

IMPRESSUM

DIE LINKE, Bezirksfraktion Altona
Am Felde 2, 22765 Hamburg
Telefon 040 - 25 49 55 47

www.linksfraktion-altona.de
info@linksfraktion-altona.de

V.i.S.d.P.:
DIE LINKE Bezirksfraktion Altona,
Thérèse Fiedler, Am Felde 2, 22765 Hamburg
Fotos: Rainer Bielfeldt, Hinrich Schultze
Titelmotiv: microone – de.freepik.com

Stand: Juni 2022